

Gute Erwerbsbiographien

Arbeitspapier 6: Was sind „gute“ Erwerbsbiographien?

Risikofaktoren und -gruppen für geringe Renten und Alterseinkünfte

„Gute Erwerbsbiographien“

Der Wandel der Arbeitswelt als gruppenspezifischer Risikofaktor für Arbeitsfähigkeit und Unterversorgung bei der gesetzlichen Rente

Projektnummer: S-2009-236-3 B

Forschungsschwerpunkt: Erwerbsarbeit im Wandel

Das Projekt untersucht die Zusammenhänge zwischen Arbeitsbedingungen und Erwerbsbiographien und deren Auswirkungen auf die Absicherung durch die GRV. Dabei geht es auch um die Frage, inwieweit und für wen die Voraussetzungen einer höheren Beschäftigungsquote/Rente mit 67 (nicht) gegeben sind und welche Gruppen dadurch einem erhöhten Risiko (bis hin zur Altersarmut) ausgesetzt sind.

Durch den Wandel der Erwerbsarbeit werden Beschäftigte zunehmend mit wachsender Unsicherheit konfrontiert. Arbeitslosigkeitsphasen und prekäre Beschäftigungsformen perforieren Erwerbsbiographien. Hinzu kommen Veränderungen bei den Arbeitsbedingungen, die es vielen ArbeitnehmerInnen verunmöglichen, gesund bis zur Rente zu arbeiten.

Über die Kumulation der Risiken liegen zu wenig Informationen vor. Geringe Einkommen, unstetige Erwerbsbiographien, höhere Arbeitslosigkeit bzw. prekäre Beschäftigung, geringere Chancen des Tätigkeitswechsels, höhere und wenig altersgerechte Arbeitsbelastungen korrelieren nicht nur, sondern kumulieren in ihrem Effekt – und das nicht nur mit Blick auf die Möglichkeiten länger arbeiten zu können, sondern ganz konkret auch bei den Rentenansprüchen bzw. entstehenden Zahlbeträgen der gesetzlichen Rente. Die Gefahr einer Altersarmut steigt und ist hochgradig gruppenspezifisch. Die Rente mit 67 könnte diese Probleme verschärfen.

Bisher veröffentlichte Arbeitspapiere:

1. Trischler, F.; Kistler, E. (2010): Arbeitspapier 1: Erwerbsverläufe im Wandel. Stadtbergen. download: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-236-3-1.pdf
2. Trischler, F.; Kistler, E. (2010): Arbeitspapier 2: Arbeitsbedingungen und Erwerbsverlauf. Stadtbergen. download: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-236-3-3.pdf
3. Holler, M.; Trischler, F. (2010): Arbeitspapier 3: Einflussfaktoren auf die Arbeitsfähigkeit. Stadtbergen. download: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-236-3-4.pdf
4. Trischler, F.; Kistler, E. (2011): Arbeitspapier 4: Wandel im Erwerbsverlauf und Rentenanspruch. Stadtbergen. download: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-236-3-5.pdf
5. Trischler, F.; Kistler, E. (2011): Arbeitspapier 5: Erwerbsverläufe und Alterseinkünfte im Paar- und Haushaltskontext. Stadtbergen. download: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-236-3-11.pdf

Kontakt:

Dr. Dorothea Voss
Hans-Böckler-Stiftung
Abt. Forschungsförderung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf
E-Mail: dorothea-voss@boeckler.de

Prof. Dr. Ernst Kistler
INIFES Internationales Institut für Empirische
Sozialökonomie gGmbH
Haldenweg 23
86391 Stadtbergen
E-Mail: info@inifes.de

Inhaltsverzeichnis

Darstellungs- und Tabellenverzeichnis	4
1. Einleitung.....	5
2. Gute Erwerbsbiographien	6
2.1 Arbeitsmarkt, Rentenreformen und Alterssicherung	6
2.2 Was sind „gute“ Erwerbsbiographien?	8
3. Veränderung von Erwerbsbiographien	13
3.1 Im Erwerbsverlauf zunehmende Arbeitslosigkeit	14
3.2 Erwerbseinstiege	15
3.3 Altersübergänge	17
3.4 Paarerwerbsbiographien.....	19
4. Arbeitsbedingungen und Arbeitsfähigkeit	21
4.1 Hohe Konstanz von Arbeitsbelastungen	21
4.2 Folgen von Arbeitsbelastungen für den Gesundheitszustand	22
4.3 Arbeitsbedingungen und vorzeitiger Erwerbsausstieg	23
5. Folgen und Risikogruppen.....	25
5.1 Entwicklung der Alterssicherung	25
5.2 Berufsgruppen als Risikogruppen?	29
6. Zum Abschluss	31
6.1 Zur Entwicklung der Zahlbeträge bei den Zugangsrenten	31
6.2 Wachsendes Altersarmutsrisiko	34
Literatur	35

Darstellungs- und Tabellenverzeichnis

Darstellung 1:	Kriterien „guter“ Erwerbsbiographien.....	10
Darstellung 2:	Kumulierte Arbeitslosigkeitserfahrung im Erwerbsverlauf (durchschnittliche Anzahl an Monaten in Arbeitslosigkeit nach Alter)	14
Darstellung 3:	Entwicklung des durchschnittlichen Erwerbseinstiegsalters in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (Angaben in Jahren)*	16
Darstellung 4:	Zeiten in Voll- und Teilzeitbeschäftigung im Altersübergang – zwischen dem 55. und 64. Lebensjahr – nach Kohorten (Darstellung in Perzentilen)*	18
Darstellung 5:	Verteilung der Zahl der Jahre, in denen beide Partner im Zeitraum vom 15. bis zum 50. Lebensjahr erwerbstätig sind nach Kohorten (Voll- und Teilzeitbeschäftigung; Perzentile)*	20
Darstellung 6:	Arbeitsbelastungen im bisherigen Erwerbsleben und Gesundheitsbeschwerden (Angaben in Prozent)	22
Darstellung 7:	Arbeitsbedingungen 1985 (Vollzeiterwerbstätige) und Erwerbsstatus 2001 (2001: 55- bis 64-Jährige)	24
Darstellung 8:	Summe der bis zum 43. Lebensjahr erworbenen Entgeltpunkte in unterschiedlichen Geburtskohorten (Perzentile*: P10, P25, P50, P75, P90).....	26
Darstellung 9:	Entwicklung der Rentenanwartschaften im Altersübergang nach Clustergruppen (Geburtskohorte 1940 bis 1942, ohne Abschlüsse).....	27
Darstellung 10:	Nettoäquivalenzeinkommen nach Daten der EVS 2003 und 2008 (ohne kalkulatorische Mieten).....	28
Darstellung 11:	Entwicklung der durchschnittlichen Zahlbeträge der Versichertenrenten* im Rentenzugang und –bestand 2000 bis 2010 (Angaben in €/Monat).....	32
Darstellung 12:	Schichtung der nominalen Zahlbeträge der Altersrenten im Rentenzugang 2003, 2006 und 2010 (Angaben in €/Monat)	33
Tabelle 1:	Berufsspezifische Verbleibsquoten der 55- bis 59-Jährigen in ausgewählten Berufsgruppen* (2006; 60- bis 64-Jährige im Jahr 2011)	30
Tabelle 2:	Entwicklung der Armutsgefährdungsquoten der Bevölkerung insgesamt und der ab 65-Jährigen in Deutschland und der EU-15 (Angaben in Prozent).....	34

1. Einleitung

Im Rahmen des von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Projekts „Gute Erwerbsbiographien“ wurde in bisher fünf Arbeitspapieren der Wandel der Erwerbsbiographien und die daraus resultierenden Folgen für die Alterssicherung in Deutschland analysiert. Besondere Berücksichtigung fanden dabei unter anderem auch die Folgen von schlechten Arbeitsbedingungen für die Gesundheit und das Erwerbsausstiegsverhalten älterer Arbeitnehmer/-innen.

Die Projektergebnisse zeigen eine deutliche Veränderung der Erwerbsbiographien von Beschäftigten in West- und Ostdeutschland. Dabei ist eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung bei westdeutschen Frauen zu beobachten (vorwiegend in Teilzeit), wohingegen bei Männern und bei ostdeutschen Frauen ein Rückgang der Zeiten in Beschäftigung festzustellen ist. Insbesondere die Abnahme an Beschäftigtenzeiten in der Erwerbseinstiegs- und Erwerbsausstiegsphase und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit der vergangenen Jahrzehnte haben sich deutlich in den Erwerbsbiographien der Beschäftigten niedergeschlagen. Darüber hinaus zeigt sich eine Zunahme an atypischer Beschäftigung im Erwerbsverlauf, insbesondere – aber nicht nur – bei (westdeutschen) Frauen.

Anhand von Längsschnittuntersuchungen konnte zudem gezeigt werden, dass Arbeitsbelastungen nach wie vor weit verbreitet sind. Auch weisen die Arbeitsbedingungen in der Erwerbsbiographie von Beschäftigten eine hohe Stabilität auf. Selbst bei Beschäftigungswechsel ist in den meisten Fällen keine grundsätzliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen festzustellen. Gleichzeitig konnte gezeigt werden, dass langjährige Arbeitsbelastungen ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für vorzeitige Erwerbsausstiege sind. Hohe Arbeitsbelastungen haben demnach nicht nur Folgen für die Gesundheit der Beschäftigten, sondern beeinträchtigen auch die Arbeitsfähigkeit im Alter. Nicht zuletzt zeigen die Analysen, dass ein deutlicher Zusammenhang zwischen Arbeitsbedingungen und der beruflichen Tätigkeit der Beschäftigten festzustellen ist. Insbesondere körperlich schwere Arbeit und Wechselschicht haben danach im höheren Erwerbsalter eine deutlich geringere Erwerbsbeteiligung zur Folge.

Die skizzierten Veränderungen der Erwerbsbiographien haben erhebliche Auswirkungen auf die Alterssicherung der betroffenen Beschäftigten. Anhand von Daten der Deutschen Rentenversicherung wurden die direkten Folgen der veränderten Erwerbsbiographien für die Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung dargestellt. Dabei konnte gezeigt werden, dass die Rentenanwartschaften jüngerer Geburtskohorten kontinuierlich niedriger ausfallen. Vor allem die hohe Arbeitslosigkeit führt zu erheblichen Einbußen in der Alterssicherung. Daneben sind aber auch Folgen von späteren Erwerbseinstiegen und Zeiten mit niedriger Entlohnung zu beobachten. Eine große Bedeutung für die tatsächliche Höhe der Rentenanwartschaften kann darüber hinaus auch für die Altersübergangsphase festgestellt werden, die sich bei den einzelnen Beschäftigtengruppen sehr unterschiedlich gestaltet.

Die Analysen belegen zudem, dass individuell unzureichende Alterssicherung nicht zwingend mit Altersarmut gleichzusetzen ist, da oft gerade niedrigen eigenen Einkünften von Frauen häufig höhere Einkünfte des Partners gegenüberstehen. Aber auch im Paar- bzw. Haushaltskontext zeigt sich eine deutliche Veränderung der Erwerbsverläufe mit entsprechenden Folgen für die Alterssicherung. Unter Berücksichtigung der weiteren Säulen der Alterssicherung ist danach bereits in den vergangenen fünf Jahren (2003-2008) real ein Rückgang der Einkünfte älterer Haushalte zu beobachten, bei zunehmen-

der Ungleichheit der Einkommen. Der Wandel der Erwerbsbiographien muss somit auch vor dem Hintergrund gruppenspezifischer Risikofaktoren für Arbeitsfähigkeit und Unterversorgung bei der gesetzlichen Rente interpretiert werden. Dies gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund der Rentenreformen, die durch die Absenkung des Rentenniveaus bei gleichzeitiger Erhöhung des Arbeitsangebotszwangs auf ältere Arbeitnehmer/-innen (Erhöhung der Altersgrenzen, Einführung von Abschlägen) zusätzliche gruppenspezifische Auswirkungen auf die Alterssicherung künftiger Rentnerinnen und Rentner haben.

In diesem abschließenden sechsten Arbeitspapier wird die Vielzahl der behandelten Aspekte und Einflussfaktoren zusammengeführt und unter dem Aspekt der daraus resultierenden Folgen für die Alterssicherung näher beleuchtet. Mit Blick auf die Erwerbsbiographien soll dabei auch berücksichtigt werden, inwiefern sich – hinsichtlich der Alterssicherung – tatsächlich „gute“ Erwerbsbiographien identifizieren lassen bzw. wie „schlechte“ Erwerbsbiographien verhindert oder zumindest in ihren Folgen abgemildert werden können. Auch soll die Frage beantwortet werden, inwiefern sich aus den dargestellten Befunden gruppenspezifische Risiken für eine Unterversorgung im Alter ableiten lassen und welche (sozialpolitischen) Handlungsoptionen sich ergeben.

2. Gute Erwerbsbiographien

2.1 Arbeitsmarkt, Rentenreformen und Alterssicherung

Die Vermeidung von Armut im Alter und die Anerkennung des Alters als eigenständige und von der Notwendigkeit der Erwerbsarbeit befreite Lebensphase stehen in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland und insbesondere der Einführung der dynamischen Rente im Jahr 1957. Betrachtet man das Niveau der Alterssicherung bei aktuellen Rentnerinnen und Rentnern, so kann die Geschichte der gesetzlichen Rentenversicherung als außergewöhnlicher sozialpolitischer Erfolg interpretiert werden. Danach ist es nicht nur gelungen die Verbreitung von Altersarmut erheblich einzudämmen, sondern darüber hinaus auch für weite Teile der Älteren trotz steigender Lebenserwartung ein hohes Sicherungsniveau zu ermöglichen, was die Entstehung des Ruhestands als eigenständige Lebensphase in seiner heutigen Form erst ermöglicht hat (vgl. z. B. Noll, Weick 2012; Goebel, Grabka 2011).

Dabei beinhaltet die gesetzliche Rentenversicherung neben der Alterssicherung beispielsweise auch Leistungen zur Rehabilitation und zur Absicherung im Fall von Invalidität. Darüber hinaus leistet die gesetzliche Rentenversicherung nicht nur die Absicherung von weiten Teilen der Erwerbsbevölkerung, sondern garantiert in hohem Umfang auch die Absicherung von Nichterwerbstätigen (insbesondere nichterwerbstätigen Hausfrauen) und Hinterbliebenen. Sozialpolitisch wird in der gesetzlichen Rentenversicherung zudem ein hohes Maß an sozialer Umverteilung erreicht, wonach Rentenanwartschaften beispielsweise auch aus Zeiten in Kindererziehung oder Pflege resultieren können (vgl. Stegmann, Bieber 2010).

In den vergangenen Jahren geriet die Alterssicherung allerdings durch verschiedene Prozesse unter Druck. Die Veränderung der Erwerbsbiographien bei gleichzeitiger (im Zuge zahlreicher Reformen durchgesetzten) Leistungseinschränkung der gesetzlichen Rentenversicherung hat zur Folge, dass das

derzeitige Sicherungsniveau von jüngeren Kohorten bzw. zukünftigen Rentnerinnen und Rentnern nicht mehr erreichen werden kann.

Im Vordergrund stehen insbesondere die Entwicklungen am Arbeitsmarkt: Durch die in der Rentenformel festgelegte enge Verknüpfung von Erwerbsbeteiligung und Alterssicherung spiegeln sich Veränderungen in den Erwerbsbiographien unmittelbar in der Alterssicherung wider (vgl. Arbeitspapier 4). In dem Maße wie die Erwerbsbiographien vom Ideal der Normalbiographie bzw. des Normalarbeitsverhältnisses abweichen, gerät auch die auf diesem Ideal basierende Alterssicherung zunehmend unter Druck. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Beitragszahlungen, die in erster Linie von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geleistet werden, als auch im Hinblick auf die Rentenanwartschaften, die ebenfalls in erster Linie aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung generiert werden.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die seit Beginn der 1980er Jahre steigende Arbeitslosigkeit durch zunehmende Ausgliederung älterer Arbeitnehmer/-innen auch zu Lasten der Rentenversicherung gelöst wurde. Mit den Rentenreformen und der damit einhergehenden Schließung von Frühverrentungsmöglichkeiten bzw. der Einführung von Rentenabschlägen wird das finanzielle Risiko vorzeitiger Ausgliederung dagegen auf den Einzelnen übertragen. Gleichzeitig wurden mit Ausnahme der Kindererziehungszeiten auch die Anwartschaften aus Zeiten ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – sei es in Ausbildung oder Arbeitslosigkeit – erheblich reduziert.

Insgesamt bedeutet dies, dass die vorwiegend auf dem Arbeitsmarkt entstehenden Risiken für die individuelle Erwerbsbiographie zunehmend zum individuellen Risiko für die Alterssicherung werden. Speziell durch die Anhebung der Altersgrenzen und die Einführung von Abschlägen ist ein vorzeitiger Rentenbeginn für ältere Arbeitnehmer/-innen immer weniger möglich und geht mit erheblichen finanziellen Einbußen einher. Besonders betroffen sind Beschäftigte die aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund von Arbeitslosigkeit unfreiwillig aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Dabei ist anzunehmen, dass gerade diese Personen – z. B. aufgrund geringer Qualifikation – häufiger ohnehin schlechter abgesichert sind und auch weniger Möglichkeiten zusätzlicher Altersvorsorge haben.

Es ist zu berücksichtigen, dass im Zuge des demographischen Wandels der Anteil an älteren Erwerbspersonen in den kommenden Jahren deutlich zunehmen wird. Die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer wird somit in vielfacher Hinsicht an Bedeutung gewinnen. Die Einführung der Rente mit 67 wird diese Problematik zukünftig noch weiter verschärfen. Gleichzeitig wurden zudem auch die Anspruchsvoraussetzungen für Erwerbsminderungsrenten deutlich verschärft, obwohl unterschiedliche Untersuchungen nach wie vor eine weite Verbreitung von Arbeitsbelastungen und damit einhergehenden arbeitsbedingten Erkrankungen bzw. vorzeitigen Erwerbsausstiegen feststellen (vgl. Arbeitspapier 2 und Arbeitspapier 3).

Ein Großteil der Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung entstehen am Arbeitsmarkt. Es ist naheliegend, dass die dort entstehenden Defizite nicht gänzlich im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung gelöst werden können. Die Rentenreformen führen allerdings dazu, dass sich die Veränderungen der Erwerbsbiographien noch deutlich stärker auf die Alterssicherung der Beschäftigten niederschlagen. Da künftige Rentenanpassungen infolge der Modifikationen der Rentenformel niedriger ausfallen werden, gewinnen stabile Erwerbsbiographien für die Alterssicherung künftiger Rentnerinnen und Rentner an Bedeutung. Dies gilt insbesondere, da auch Anwartschaften in der betrieblichen und privaten Altersvorsorge in hohem Maße an stabile Erwerbsbiographien bzw. ausreichende eigene Einkünfte gekoppelt sind (vgl. Hardach 2008).

Dabei werden keinesfalls alle Beschäftigten in gleichem Maße von den Veränderungen der Erwerbsbiographien bzw. unzureichender Alterssicherung betroffen sein. Ganz im Gegenteil ist nach wie vor eine weite Verbreitung von stabilen Erwerbsbiographien zu erwarten. Durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung und verbesserte Absicherung von Frauen wird zudem vor allem im Paarkontext ein teilweise hohes Sicherungsniveau erreicht.¹

Die Entwicklungen führen somit in erster Linie zu einer zunehmenden Ungleichheit der Alterssicherung. Selbst langjährige Erwerbsbiographien garantieren bei geringen Einkommen keinen Schutz vor Altersarmut. Darüber hinaus ist vor dem Hintergrund der Rentenniveauabsenkung fragwürdig, ob auch eine Alterssicherung knapp über dem (voraussetzungsfreien) Grundsicherungsniveau in Anbetracht langjähriger Beiträge auch vor dem Hintergrund des Ziels der Teilhabe-Äquivalenz noch gerechtfertigt werden kann. Hinweise auf eine zunehmende Ungleichheit im Einkommen Älterer lassen sich bereits anhand aktueller Daten zu Rentenzahlbeträgen und Alterseinkommen belegen (vgl. Noll, Weick 2012; Himmelreicher, Frommert 2006).

2.2 Was sind „gute“ Erwerbsbiographien?

Das Projekt ist mit dem ambitionierten Anspruch angetreten, die Konturen „guter“ Erwerbsbiographien herauszuarbeiten. Dazu ist grundsätzlich anzumerken, dass in einem breiten Verständnis guter Erwerbsbiographien unterschiedlichste Dimensionen zu berücksichtigen sind, die jedoch nicht Gegenstand des Projektes waren. So umfassen gute Erwerbsbiographien neben Alterseinkommen und Arbeitsbedingungen auch Bereiche wie Einkommens- und Beschäftigungssicherheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ausgeglichene Work-Life-Balance, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, Teilhabe, Mitsprache, Arbeitszufriedenheit usw. – um nur einige Aspekte aufzuführen.

Demgegenüber bezieht sich der Begriff gute Erwerbsbiographien im Kontext des Projekts in erster Linie auf die im Projekt-Untertitel genannten „Risikofaktoren für Arbeitsfähigkeit und Unterversorgung bei der gesetzlichen Rente“. Als normatives Kriterium für die Identifikation guter Erwerbsbiographien werden demnach Erwerbsverläufe verstanden, die den Erhalt der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer/-innen fördern und aus denen ein angemessenes Niveau der Alterssicherung resultiert.

Im Verlauf des Projekts sind die Erwerbsbiographien der Beschäftigten dabei aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet worden. Im Vordergrund stand in erster Linie eine Negativ-Definition guter Erwerbsbiographien im Sinne der Frage „Was sind keine guten Erwerbsbiographien?“

Will man die gewonnenen Ergebnisse positiv formulieren, so lassen sich einige Kernpunkte herausarbeiten: Relativ klar ist, dass „gute“ Erwerbsbiographien im Hinblick auf die Alterssicherung die Beschäftigten dazu befähigen müssen, innerhalb des gegebenen Sozialsystems sowohl während der Erwerbsbiographie als auch im Ruhestand angemessene Einkünfte zu erzielen. Der Maßstab für die normative Bewertung im Sinne „guter“ Biographien orientiert sich also in erster Linie an der Erwerbstätigkeit am Arbeitsmarkt und an den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Dies gilt nicht nur, aber insbesondere für die gesetzliche Rentenversicherung, deren Leistungen in hohem Maße an der Normalerwerbsbiographie orientiert sind (vgl. Mayer 1995).

¹ Dies ist insbesondere auch deshalb von Bedeutung, da zukünftig ein deutlich größerer Anteil an Paaren gemeinsam das Rentenalter erreichen wird (vgl. Goebel, Grabka 2011) – gleichzeitig steigt allerdings auch der Anteil an Singles und Geschiedenen.

„Angemessene“ Einkünfte meinen des Weiteren, einerseits ein Einkommen zumindest oberhalb der Armutsgrenze, andererseits aber auch ein der Erwerbsbiographie bzw. der Versicherungsdauer entsprechendes Einkommen, mit entsprechendem Abstand zur voraussetzungsfreien Grundsicherung im Alter (vgl. Schmähl 2011).

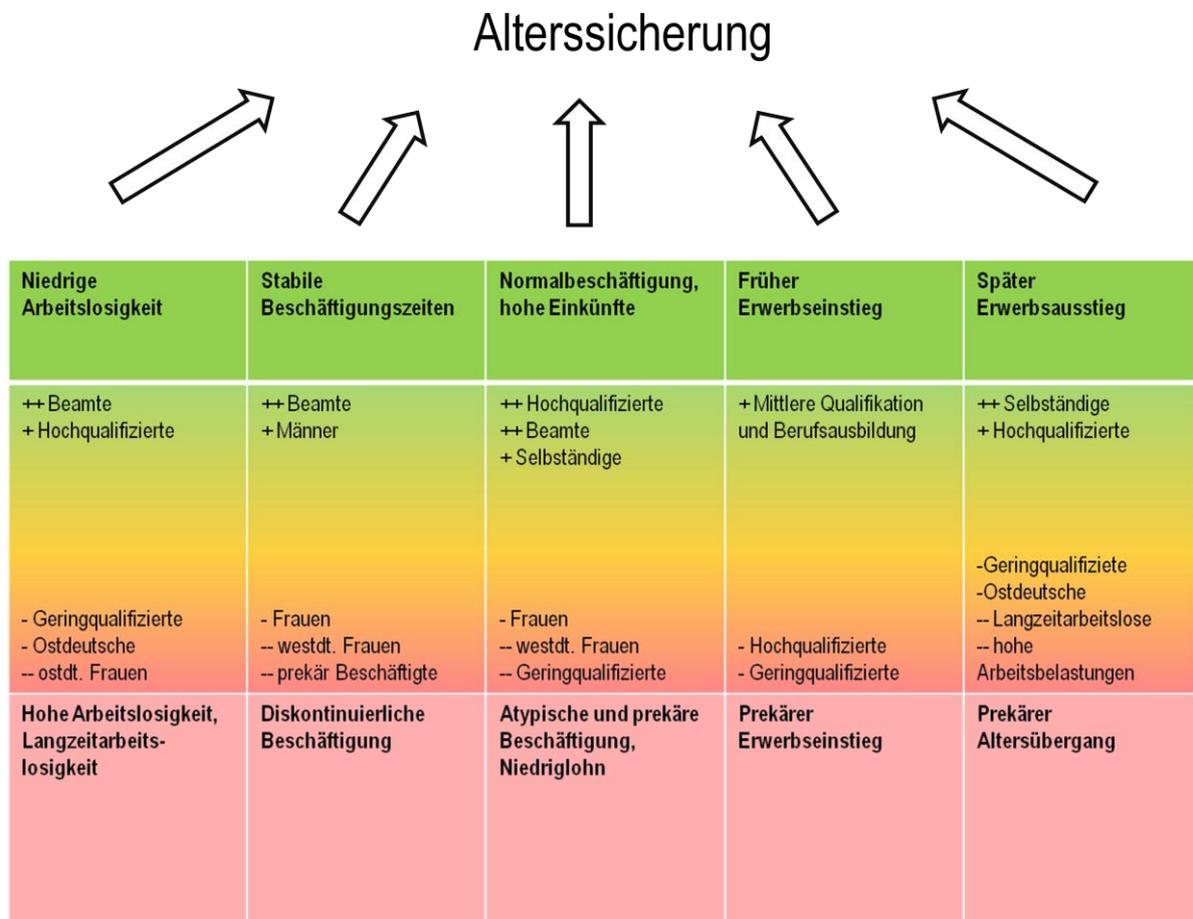
Für eine angemessene Absicherung spielt dabei – entsprechend der normativen Orientierung am Normalarbeitsverhältnis – insbesondere der Aspekt der „Stabilität“ eine entscheidende Rolle. Dieser ist in zweierlei Hinsicht von Bedeutung: Stabilität sowohl im Hinblick auf kontinuierliche Beschäftigung als auch im Hinblick auf ein stabiles und ausreichendes Einkommen aus dieser Beschäftigung. Nach wie vor ist dies für einen großen Teil der Beschäftigten – vor allem aber Männer – zutreffend. Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass auch stabile und kontinuierliche Beschäftigung in der Kernarbeitsphase im Hinblick auf die Alterssicherung noch keine hinreichende Bedingung ist. Entscheidend ist vielmehr, dass auch in den Übergangsphasen, beim Erwerbseinstieg und beim Erwerbsausstieg, eine hohe Beschäftigungsstabilität erreicht wird.

Darüber hinaus ist auch der Aspekt der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit nicht zu vernachlässigen. Sowohl im Hinblick auf die Alterseinkünfte als auch bezogen auf die allgemeine Lebenssituation erscheinen gesundheitserhaltende bzw. -förderliche Arbeitsbedingungen ein wesentlicher Aspekt guter Erwerbsbiographien zu sein. Dies gilt insbesondere – aber nicht nur – im Hinblick auf die Erhöhung der Altersgrenzen: Gesundheitserhaltende bzw. -förderliche Arbeitsbedingungen sind eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Beschäftigte länger arbeiten können (vgl. Arbeitspapier 2 und Arbeitspapier 3). Insofern steht hinter allen Ausführungen zu Beschäftigungsverhältnissen und Erwerbsbiografien immer die zusätzliche Frage nach Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen.

Betrachtet man die aktuelle Situation am Arbeitsmarkt so deuten – vor dem Hintergrund der letzten überwundenen Wirtschaftskrise 2008/2009 – einige Zeichen auf eine Verbesserung hin. Grundsätzlich ist die sinkende Arbeitslosigkeit im Hinblick auf die Alterssicherung positiv zu bewerten, da sich gerade die lange währende deutliche Zunahme von Arbeitslosigkeitsphasen im Projektverlauf als gravierendes Problem künftiger Rentnerinnen und Rentner insbesondere (aber nicht nur) in Ostdeutschland herauskristallisiert hat (vgl. Arbeitspapier 4). Gleichwohl haben große Teile der Versicherten bereits heute erhebliche Lücken in der Erwerbsbiographie, die sich unabhängig von aktuellen Entwicklungen am Arbeitsmarkt in den Rentenzugängen der kommenden Jahrzehnte widerspiegeln werden. Auf der anderen Seite belegen aktuelle Statistiken auch, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit im letzten Jahrzehnt mit einer deutlichen Zunahme atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse einhergegangen ist. Im Hinblick auf „gute“ Erwerbsbiographien kann diese Entwicklung nicht als eine qualitative Verbesserung betrachtet werden. Wie im Projektverlauf gezeigt werden konnte, gibt es Tendenzen dahingehend, dass sich Niedriglohn und Befristung zunehmend verfestigen, die „Brückenfunktion“ bleibt aus. Renten von Geringverdienern werden infolge der Niveauabsenkung in der Rentenversicherung auch bei langjährig Versicherten das Grundsicherungsniveau häufig nur geringfügig überschreiten.

Darstellung 1 zeigt stark vereinfacht die hier beschriebenen Kriterien „guter“ Erwerbsbiographien im Überblick. Kriterien für gute Erwerbsbiographien sind danach aus Sicht der Alterssicherung vor allem niedrige Arbeitslosigkeit, stabile Beschäftigungszeiten, Normalbeschäftigung, ausreichende Einkünfte, früher Erwerbseinstieg und später Erwerbsausstieg.

Darstellung 1: Kriterien „guter“ Erwerbsbiographien



Quelle: INIFES, eigene Darstellung.

Gleichzeitig stellt sich mit Blick auf die genannten Kriterien vor dem Hintergrund einer normativen Bewertung von Erwerbsbiographien (bzw. der relativ nüchternen Aufrechnung der Erwerbsbiographie im Rahmen der Rentenbewertung) die Frage, inwiefern entsprechende Erwerbsbiographien tatsächlich uneingeschränkt positiv aufzufassen sind. So ist z.B. – abseits der Alterssicherung – durchaus zu diskutieren, inwiefern frühe Erwerbseinstiege tatsächlich uneingeschränkt als „gut“ zu bezeichnen sind, da höhere Bildungsabschlüsse mit späteren Erwerbseinstiegen einhergehen. Späte Erwerbsausstiege sind dagegen zwar politisch angestrebt, in Anbetracht eines hohen Anteils an Beschäftigten mit gesundheitlichen Einschränkungen und dem vor allem von Beschäftigten in belastenden Tätigkeiten häufig geäußerten Wunsch, ja der Notwendigkeit eines vorzeitigen Erwerbbsausstiegs, jedoch auch nicht unproblematisch. Ebenso sind auch stabile Beschäftigungszeiten und die reine Orientierung am Normalarbeitsverhältnis vor dem Hintergrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht uneingeschränkt positiv zu bewerten.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich diese Kriterien nicht gleichmäßig auf alle Beschäftigtengruppen verteilen (können). Gute Chancen auf „gute Erwerbsbiographien“ haben insbesondere Beschäftigte mit hoher Qualifikation, Beamte und ein Teil der Selbständigen. Daneben haben – vor allem westdeutsche – Männer (noch) deutlich höhere Chancen, die genannten Kriterien zu erfüllen.

Ein hohes Risiko für eine geringe Alterssicherung tragen hingegen vor allem (westdeutsche) Frauen, die aufgrund von atypischer Beschäftigung und Kindererziehungszeiten meist nur geringe Rentenanwartschaften aufweisen. In Ostdeutschland kommt die besonders hohe Arbeitslosigkeit hinzu, die sich deutlich in den Erwerbsbiographien beider Geschlechter niederschlägt.

Ein höheres Risiko für Arbeitslosigkeit und atypische Beschäftigungsformen ist darüber hinaus vor allem für Geringqualifizierte festzustellen. Häufig sind gerade diese Gruppen zusätzlich von hohen Arbeitsbelastungen betroffen und müssen in der Folge von gesundheitlichen Beschwerden vorzeitig aus dem Erwerbsleben aussteigen.

Betrachtet man die beschriebenen Kriterien „guter“ Erwerbsbiographien, so stellt sich die nicht unbeachtliche Frage, in welchem Verhältnis gute Erwerbsbiographien zum Normalarbeitsverhältnis bzw. der Normalerwerbsbiographie stehen. Dabei ist es nicht verwunderlich, dass angesichts eines Sozialsystems, welches in hohem Maße an den Kriterien der (männlichen) Normalerwerbsbiographie orientiert ist, diese als wesentlicher Bestandteil guter Erwerbsbiographien zu betrachten sind.

Daraus ergibt sich eine einfache sozialpolitische Konsequenz: In dem Maße wie die Erwerbsbiographien von einem in den Sozialsystemen gesetzten Standard abweichen, wird ein zunehmender Anteil der Beschäftigten nicht oder nur unzureichend erfasst. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dies für (westdeutsche) Frauen über Jahrzehnte hinweg der Normalfall war: Aufgrund unzureichender Erwerbsbeteiligung waren und sind sie auf die Alterssicherung der Männer (häufig in Form von Witwenrenten) angewiesen.

Die Kriterien für die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung sind somit in hohem Maße von den Entwicklungen am Arbeitsmarkt abhängig. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Zunahme von nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsformen, welche keinen oder einen zu geringen Anteil am Sozialsystem tragen. Ein lohnbasiertes Sozialsystem kann nur unter der Bedingung solidarischer Einzahlungen existieren. Die Abwälzung eines Teils der Altersvorsorge auf den einzelnen Beschäftigten mag den Anstieg der Beiträge zum gesetzlichen Rentensystem abmildern, für die Beschäftigten bedeutet dies jedoch zusätzliche Einbußen, da diese neben dem Arbeitsmarktrisiko zukünftig auch das Versicherungsrisiko stärker selbst zu tragen haben. Dennoch ist davon auszugehen, dass Personen mit stabilen Erwerbsbiographien auch in Anbetracht der Rentenreformen nach wie vor meist eine angemessene Alterssicherung haben werden. Personen, die von der Zunahme diskontinuierlicher Erwerbsbiographien betroffen sind, haben dagegen nicht nur Einbußen aufgrund der geringeren Rentenansprüche, sondern sind zusätzlich in erheblichem Maße von den Folgen der Rentenreformen betroffen. Geringere oder gestrichene Anwartschaften aus Zeiten ohne eigene Beiträge, fehlende Möglichkeiten eines vorzeitigen Ausstiegs bzw. Abschlüsse bei vorzeitigem Erwerbsausstiegen führen somit zu sinkenden Rentenanwartschaften. Zudem haben die Betroffenen in geringerem Umfang die Möglichkeit, zusätzliche Alterssicherung aufzubauen und sind von der Absenkung des Rentenniveaus in höherem Maße betroffen. Insgesamt ist ein zunehmendes Auseinanderdriften bei Beschäftigungschancen und Alterssicherung zu erwarten. Die tendenziell bereits zunehmende Ungleichheit der Rentenzahlbeiträge im Rentenzugang muss als Indiz gesehen werden (vgl. Abschnitt 6)

Eine Verbesserung der Absicherung von Beschäftigten mit diskontinuierlichen Erwerbsverläufen oder niedrigen Einkünften kann in unterschiedlichen Richtungen geschehen. Entscheidend ist einerseits, die Bedingungen am Arbeitsmarkt zu entschärfen und insbesondere die Generierung eigener Anwartschaften durch eine Stärkung von Normalerwerbsbiographien bzw. Normalarbeitsverhältnissen zu unterstüt-

zen (Mindestlohn, Einschränkung von Leiharbeit, Minijobs und Befristung, weiterer Ausbau und zusätzliche Förderung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten usw.). Auf der anderen Seite sind auch rechtliche Anpassungen abzuwägen. So ist unter anderem die Frage zu stellen, ob eine derart starke Bindung an die Normalerwerbsbiographie insbesondere vor dem Hintergrund des hohen Anteils an Frauen, die aufgrund von atypischer Beschäftigung, Niedriglöhnen und Kindererziehung keine ausreichenden eigenen Anwartschaften erreichen werden, weiterhin gerechtfertigt ist.

3. Veränderung von Erwerbsbiographien

Ausgangspunkt für die Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung ist der in den vergangenen Jahren beobachtete Wandel der Erwerbsbiographien von Beschäftigten in Deutschland (vgl. z. B. Scherger 2007, Schmidt 2012). Wie die im Rahmen des Projekts „Gute Erwerbsbiographien“ durchgeführten Analysen belegen, sind einige Aspekte dieses Wandels bereits bei den älteren Kohorten, den vor 1945 Geborenen, festzustellen. Bei den jüngeren Kohorten zeigen sich aber zunehmend stärkere Veränderungen (vgl. Arbeitspapier 1).

In den Erwerbsbiographien der Beschäftigten spiegelt sich dabei auch die Zeitgeschichte wider: So sind diese vor allem bei Männern älterer Kohorten in hohem Maße von Zeiten im Militärdienst unterbrochen und auch die unmittelbare Nachkriegszeit ist anhand eines höheren Anteils an Arbeitsloskeitszeiten in den Erwerbsbiografien (bzw. Rentenversicherungsdaten) deutlich zu erkennen. Nach dem zweiten Weltkrieg etablierte sich jedoch in Westdeutschland bei Männern nach einiger Zeit das weitestgehend kontinuierliche Normalbeschäftigungsverhältnis (vgl. Dundler, Müller 2006). Die Erwerbsbiographien von Frauen waren in Westdeutschland größtenteils von Nichterwerbstätigkeit bzw. Hausfrauentätigkeit geprägt. Dagegen war für die Erwerbsbiographien in der DDR ein hohes Maß an Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen typisch. Unterschiede in den Erwerbsbiographien sind somit insbesondere zwischen Männern und Frauen bzw. Ost- und Westdeutschland festzustellen. Darüber hinaus sind aber beispielsweise auch deutliche Differenzierungen entlang des Berufsausbildungsabschlusses zu beobachten.

Ein deutlicher Wandel der Erwerbsbiographien in Deutschland ist spätestens seit den 1980er Jahren zu beobachten. Im Wesentlichen lassen sich dabei – ausgehend von den Projektergebnissen – fünf zentrale Aspekte identifizieren (vgl. Arbeitspapier 1):

1. im Erwerbsverlauf zunehmende Arbeitslosigkeit
2. sinkende Beschäftigungszeiten im Erwerbseinstieg
3. sinkende Beschäftigungszeiten im Altersübergang
4. atypische Beschäftigung
5. zunehmende Erwerbsbeteiligung westdeutscher Frauen.

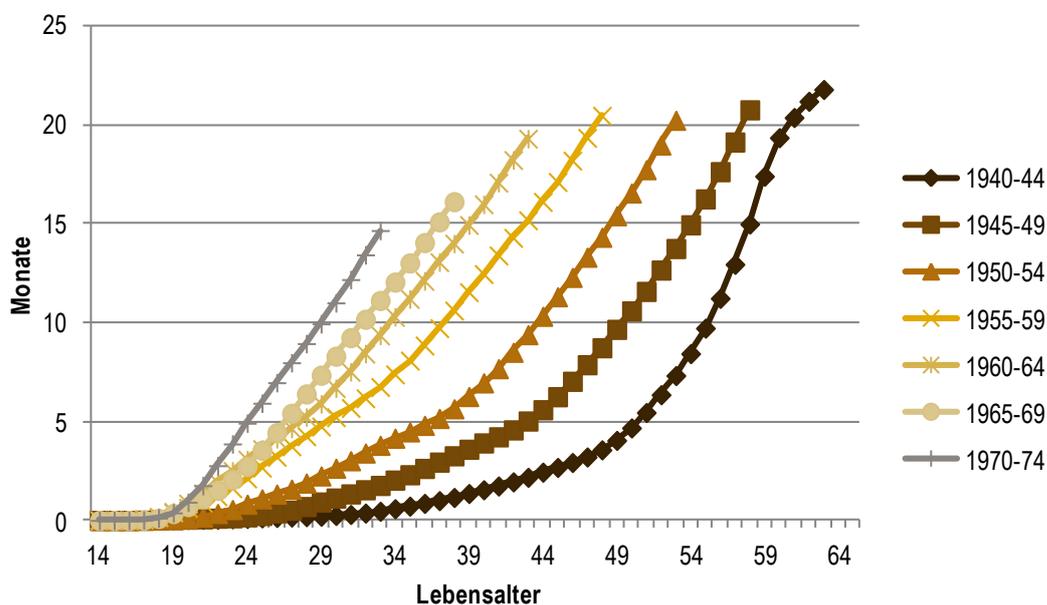
Für die Alterssicherung ist von besonderer Bedeutung, dass die beobachteten Entwicklungen für einen erheblichen Teil der Beschäftigten auf einen Rückgang der Zeiten in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung hinweisen. Danach ist einzig für westdeutsche Frauen ein signifikanter Anstieg der Beschäftigungszeiten zu beobachten, der aber fast ausschließlich auf eine Zunahme an Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen ist. Bei westdeutschen Männern ist dagegen insbesondere in der Erwerbseinstiegs- und Erwerbsausstiegsphase ein deutlicher Rückgang der Beschäftigungszeiten zu beobachten. Noch deutlicher zeigt sich dies in Ostdeutschland, wobei dort für die Zeit vor der Wiedervereinigung eine höhere Erwerbsbeteiligung gegeben war.

3.1 Im Erwerbsverlauf zunehmende Arbeitslosigkeit

Die seit den 1980er Jahren steigende, insbesondere aber seit der Wiedervereinigung anhaltend hohe Arbeitslosigkeit hat sich deutlich in den Erwerbsbiographien der Beschäftigten niedergeschlagen. Trotz der in jüngster Vergangenheit im Querschnitt niedrigeren Arbeitslosenquoten kann davon ausgegangen werden, dass die Erwerbsbiographien künftiger Rentnerinnen und Rentner teils in erheblichem Ausmaß von Arbeitslosigkeit geprägt sein werden (vgl. Loose, Rieckhoff 2005). Besonders deutlich zeigt sich dies in einer Kohortendarstellung der kumulierten Arbeitslosigkeit bis zu einem bestimmten Lebensalter. Wie in Darstellung 2 abgebildet, waren die 1940 bis 1944 Geborenen im Durchschnitt bis zum Ende der Kernerwerbsphase kaum von Arbeitslosigkeit betroffen. Danach sind für diese Kohorte bis zum 54. Lebensjahr im Durchschnitt nur 8 Monate Arbeitslosigkeit festzustellen. Die deutliche Zunahme der Arbeitslosigkeit in den 1990er Jahren trifft diese Kohorte dagegen erst im Altersübergang, wodurch die kumulierte Arbeitslosigkeit bis zum 63. Lebensjahr auf durchschnittlich 22 Monate ansteigt.

Jüngere Kohorten sind dagegen deutlich früher in der Erwerbsbiographie erheblich von Arbeitslosigkeit betroffen. Dabei zeigt sich, dass die kumulierte Arbeitslosigkeit im jeweiligen Lebensjahr mit jeder jüngeren Kohorte jeweils höher liegt als bei der vorhergehenden. 1970 bis 1974 Geborene haben schon bis zum 33. Lebensjahr durchschnittlich (!) 15 Monate Arbeitslosigkeit in der Erwerbsbiographie angehäuft (bei den 1940 bis 1944 Geborenen war dies durchschnittlich erst mit 58 Lebensjahren der Fall).

Darstellung 2: Kumulierte Arbeitslosigkeiterfahrung im Erwerbsverlauf (durchschnittliche Anzahl an Monaten in Arbeitslosigkeit nach Alter)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach FDZ-RV - SUFVSKT 2007 (N=60.821), vgl. Arbeitspapier 4.

Entscheidend ist, dass über die Zeit hinweg zwar bei allen Beschäftigtengruppen eine deutliche Zunahme der Arbeitslosigkeit beobachtet werden kann, diese jedoch keineswegs alle Beschäftigtengruppen in gleichem Ausmaß betrifft. Während ein großer Teil der Beschäftigten nach wie vor nicht oder nur in geringem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen ist, ist ein anderer Teil der Beschäftigten in hohem Maße von langen Arbeitslosigkeitszeiten betroffen. Neben regionalen und geschlechtsspezifischen Unterschieden ist dabei die Berufsqualifikation ein entscheidendes Kriterium.

Insgesamt ist im Westen eine niedrigere Arbeitslosigkeit zu beobachten. Insbesondere Frauen sind in Westdeutschland seltener von Arbeitslosigkeit betroffen. Dies ist aber auch damit zu erklären, dass westdeutsche Frauen nach wie vor eine geringere Erwerbsbeteiligung aufweisen und somit mit geringerer Wahrscheinlichkeit überhaupt arbeitslos werden können. Dabei ist allerdings auch zu bedenken, dass sich hinter der Nichterwerbstätigkeit westdeutscher Frauen zum Teil auch verdeckte Arbeitslosigkeit verbirgt.

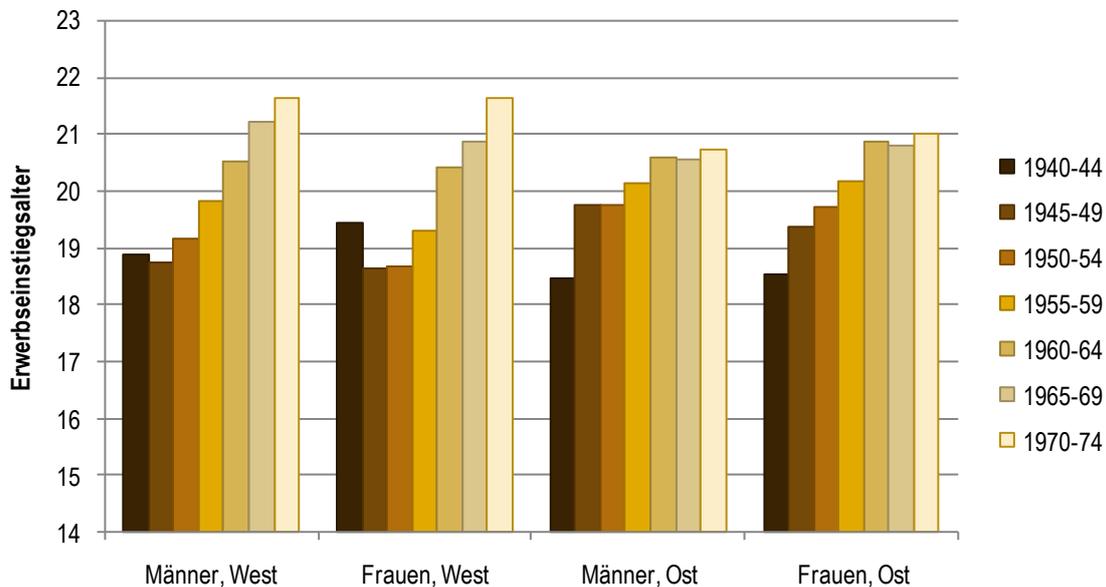
Noch häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind die Erwerbsbiographien von Beschäftigten in Ostdeutschland. Während aufgrund der niedrigen Arbeitslosenquote in der ehemaligen DDR vor der Wiedervereinigung im Osten praktisch keine Arbeitslosigkeit auftrat, ist nach 1990 ein rascher Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beobachten. Trotz der nur 20 vergangenen Jahre seit der Wiedervereinigung liegt in der Betrachtung der kumulierten Arbeitslosigkeit in den Erwerbsbiographien diese im Durchschnitt mittlerweile höher als im Westen.

3.2 Erwerbseinstiege

Darüber hinaus zeigen sich deutliche Erosionserscheinungen an den „Rändern“ der Erwerbsbiographien (vgl. Klammer 2007). So sind sinkende Beschäftigungszeiten im Erwerbseinstieg zu beobachten, die einerseits auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind, andererseits aber auch aus längeren Ausbildungszeiten und späteren Erwerbseinstiegen resultieren.

Darstellung 3 zeigt das durchschnittliche Erwerbseinstiegsalter unterschiedlicher Geburtskohorten. Dabei kann für alle betrachteten Gruppen ein mit jeder jeweils jüngeren Kohorte höheres Erwerbseinstiegsalter festgestellt werden. Insgesamt hat das durchschnittliche Erwerbseinstiegsalter zwischen den 1940 bis 1944 Geborenen und den 1970 bis 1974 Geborenen im Westen um 2,8 (Männer) bzw. 2,2 Jahre (Frauen) zugenommen. Im Osten ist bei Männern ein Anstieg um 2,3 Jahre und bei Frauen ein Anstieg um 2,5 Jahre zu beobachten.

Darstellung 3: Entwicklung des durchschnittlichen Erwerbseinstiegsalters in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (Angaben in Jahren)*



(*) Erwerbseinstieg ist hier definiert als das erste Jahr in der Biographie mit mindestens 6 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Berücksichtigt werden nur Personen bei denen dies vor dem 34. Lebensjahr beobachtet wird. Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach FDZ-RV - SUFVSKT 2007 (N=60.821), vgl. Arbeitspapier 4.

Parallel zu dieser Entwicklung ist vor dem 30. Lebensjahr ein kontinuierlicher Rückgang der Zeiten in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung festzustellen. Besonders niedrige Beschäftigungszeiten zeigen sich wie erwartet für (Fach-)Hochschulabsolventen, welche aufgrund der deutlich längeren Ausbildungszeiten ein höheres Erwerbseinstiegsalter haben. Der zunehmende Anteil an Studierenden führt dementsprechend zu einer insgesamt niedrigeren Erwerbsbeteiligung im Erwerbseinstieg².

Im Zeitvergleich ist allerdings zu beobachten, dass die Beschäftigungszeiten auch unabhängig vom Bildungsabschluss und Erwerbseinstiegsalter bei den jüngeren Kohorten deutlich niedriger liegen. Die niedrige Erwerbsbeteiligung im Erwerbseinstieg ist also nicht nur auf die Bildungsexpansion und längere Studienzeiten zurückzuführen, sondern daneben auch eine Folge der zeitweise höheren Jugendarbeitslosigkeit und der atypischen Beschäftigungsverhältnisse, Praktika etc.

Für die Erwerbsbiographien bedeutet diese Entwicklung eine deutliche Verkürzung der Zeiten in Beschäftigung und damit der Zeiten, in denen Rentenansprüche aufgebaut werden können. Zu beachten ist, dass es Akademiker/-innen bei den älteren Kohorten bisher stets gelungen ist, den späteren Erwerbseinstieg durch eine höhere Erwerbsbeteiligung in der Kernerwerbsphase und insbesondere im Altersübergang bei insgesamt deutlich höheren Einkommen zu kompensieren. Der weitere Anstieg des Erwerbseinstiegsalters führt allerdings dazu, dass die Beschäftigungszeit weiter verkürzt wird. Darüber hinaus ist fraglich, ob es auch in Zukunft allen gelingen wird, das erforderliche höhere Einkommen und die längeren bzw. stabileren Beschäftigungszeiten zu erreichen. Gerade für Frauen mit familienbedingten Erwerbsunterbrechungen ist dies durchaus fraglich.

² Wie sich die z.T. verkürzten Gymnasialzeiten und Bachelor-Studiengänge in Zukunft auswirken werden, ist noch nicht gesichert.

Bei Personen mit einfachem Berufsbildungsabschluss oder Geringqualifizierten ist der Rückgang der Beschäftigungszeiten vor allem auch auf erhöhte Zeiten ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (inklusive Arbeitsloskeitszeiten) zurückzuführen. Gerade für diese Gruppen ist zu erwarten, dass die Verkürzung der Erwerbsbiographie im weiteren Erwerbsverlauf kaum kompensiert werden kann. Dies gilt insbesondere, da hohe Arbeitslosigkeit in der frühen Erwerbsbiographie auch empirisch nachweisbar negative Folgen für die Beschäftigungsstabilität und das Einkommensniveau im weiteren Erwerbsverlauf hat.

3.3 Altersübergänge

Im Hinblick auf die Höhe der Alterssicherung kommt speziell auch dem Altersübergang eine wichtige Bedeutung zu. Einerseits können Beschäftigte durch längere Beschäftigung bzw. stabile Altersübergänge fehlende Ansprüche aus späten Erwerbseinstiegen ausgleichen. Dies ist häufig bei Hochqualifizierten der Fall, die durch lange Beschäftigung und hohe Einkünfte das Niveau ihrer Alterssicherung in der Altersübergangsphase nochmals entscheidend verbessern.

Andererseits zeigen die Analysen jedoch, dass für große Teile der Beschäftigten erhebliche Schwierigkeiten im Altersübergang zu beobachten sind. Trotz langjähriger stabiler Beschäftigung und lange stabilen Einkünften können prekäre Altersübergänge dazu führen, dass am Ende wichtige Beitragsjahre fehlen und die Alterssicherung insgesamt deutlich niedriger ausfällt. Zusätzlich müssen Beschäftigte mit frühen Erwerbsausstiegen teilweise hohe Abschläge in Kauf nehmen, wodurch die bereits erworbenen Rentenanwartschaften versicherungsmathematisch neutral gestreckt, im Betrag jedoch deutlich reduziert werden (vgl. Brussig 2010). Somit sind die letzten fünf bis zehn Jahre der Erwerbsbiographie häufig entscheidend für die tatsächliche Höhe der Alterssicherung. Wie die Statistik der Rentenversicherung zeigt, hat die Zahl der Renten mit Abschlägen im Rentenzugang auch in letzter Zeit weiter zugenommen, auf 58 Prozent aller Versicherten. Im Osten beträgt der Anteil sogar 77 Prozent. Aktuell sind damit über die Hälfte aller Rentenzugänge von Abschlägen betroffen, bei durchschnittlich 37 Abschlagsmonaten, was einer Rentenminderung um durchschnittlich rund 100 Euro entspricht. De facto hat die Einführung von Abschlägen dazu geführt, dass der monatliche Rentenzahlbetrag bei über der Hälfte aller Neurentner/-innen dauerhaft gekürzt wird.

Gerade im Hinblick auf die Reformdiskussion und die beschlossene Anhebung der Altersgrenzen kommt der künftigen Entwicklung des Altersübergangsgeschehens eine besondere Bedeutung zu. In der Vergangenheit wurde vor allem aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit seit den 1980er Jahren vielen Beschäftigten ein vorzeitiger Erwerbsausstieg ermöglicht – oft auch aufgezwungen. Ziel der Reformen der vergangenen Jahre war es, dieser Entwicklung entgegenzusteuern und Anreize für vorzeitige Erwerbsausstiege zu verringern. Vieles spricht dafür, dass die Entwicklung im Altersübergang entscheidend für den Erfolg des Projekts „Rente mit 67“ sein wird.

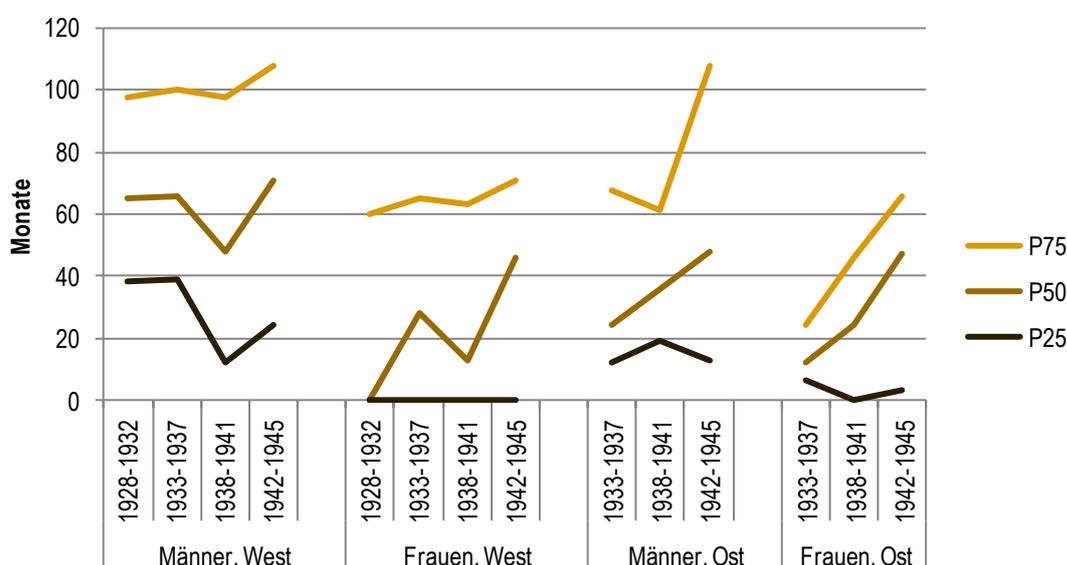
Seit einigen Jahren wird dabei ein Wiederanstieg der Beschäftigung Älterer beobachtet. Während ein Teil dieser Entwicklung auch auf demographische Gründe zurückzuführen ist (vgl. Kistler, Ebert, Stecker 2007; Brussig, Mücken 2012), kann anhand von Kohortenbetrachtungen belegt werden, dass es in den letzten Jahren tatsächlich zu einem Anstieg der Erwerbsbeteiligung Älterer gekommen ist.

Aktuelle Analysen zum Altersübergangsgeschehen relativieren diese Erfolgsmeldungen jedoch insofern, als zu beobachten ist, dass sich diese Veränderungen vor dem Hintergrund zunehmender Ungleichheit am Arbeitsmarkt vollziehen (vgl. Trischler 2012).

Wie Darstellung 4 zeigt, ist für die Kohorte der 1942 bis 1945 Geborenen gegenüber den 1938 bis 1941 Geborenen im Median durchaus ein deutlicher Anstieg der (zwischen dem 55. und 64. Lebensjahr akkumulierten) Beschäftigungszeiten zu beobachten. Bei westdeutschen Männern wurde mit 71 Monaten Beschäftigung zwischen dem 55. und dem 64. Lebensjahr das Niveau der 1933 bis 1937 Geborenen (66 Monate) jedoch nur geringfügig überboten.

Für das untere 25-Prozent-Perzentil – d. h. für die 25 Prozent aller Älteren mit der niedrigsten Erwerbsbeteiligung – ist jedoch sogar ein Rückgang von 39 auf 24 Monate festzustellen. In Ostdeutschland und bei westdeutschen Frauen ist im Median ein deutlicher Anstieg zu beobachten, nicht jedoch für die unteren 25 Prozent der Beschäftigten. Kontinuierliche Anstiege zeigen sich dagegen insbesondere für das obere 25-Prozent-Perzentil. Insgesamt deutet dies auf eine zunehmende Ungleichheit in der Erwerbsbeteiligung Älterer hin. Während ein Teil der Beschäftigten tatsächlich länger arbeiten kann (dies sind vor allem Hochqualifizierte), ist für einen anderen Teil also sogar ein Rückgang der Beschäftigungszeiten zu beobachten. Insbesondere für westdeutsche Männer kann somit bisher gegenüber den 1980er Jahren (1928 bis 1932 Geborene) kein allgemeiner Anstieg der Beschäftigungszeiten festgestellt werden. Vielmehr handelt es sich bisher allenfalls um einen „Wiederanstieg“ auf das Ausgangsniveau, der sich allerdings vor dem Hintergrund zunehmender Ungleichheit vollzieht.

Darstellung 4: Zeiten in Voll- und Teilzeitbeschäftigung im Altersübergang – zwischen dem 55. und 64. Lebensjahr – nach Kohorten (Darstellung in Perzentilen)*



(*)Die Verteilung wird in vier gleich große Gruppen (à 25 Prozent) zerlegt, wobei die Perzentile die jeweiligen Grenzen zwischen diesen Gruppen bezeichnen.

Quelle: Trischler 2012, SOEP27; N>=70.

Nach Daten der Versichertenkontenstichprobe kann für die Kohorte der 1940 bis 1942 Geborenen nur für 29 Prozent der Versicherten ein stabiler Altersübergang mit hohen Anteilen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung beobachtet werden. Weitere 29 Prozent sind zwar zu Beginn des Altersübergangs sozialversicherungspflichtig beschäftigt, treten aber bereits um das 60. Lebensjahr in den Ruhe-

stand ein, teilweise mit einer kurzen Übergangsarbeitslosigkeit. 17 Prozent aller Versicherten sind bereits zu Beginn des Altersübergangs arbeitslos und 13 Prozent bereits zum 55. Lebensjahr im Ruhestand.³

Besonders problematisch ist, dass zahlreiche Befunde darauf hindeuten, dass vor allem diejenigen von frühen Erwerbsausstiegen betroffen sind, die eine ohnehin niedrige Alterssicherung haben. Dies sind einerseits häufig Frauen, die auch aufgrund familiärer Verpflichtungen vorzeitig ausscheiden, andererseits aber auch Geringqualifizierte, die im Altersübergang in hohem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Darüber hinaus lässt sich zeigen, dass hohe Arbeitsbelastungen und gesundheitliche Einschränkungen ein Hauptgrund für vorzeitige Erwerbsausstiege sind. Auch hiervon sind Geringqualifizierte in überdurchschnittlich hohem Maße betroffen.

3.4 Paarerwerbsbiographien

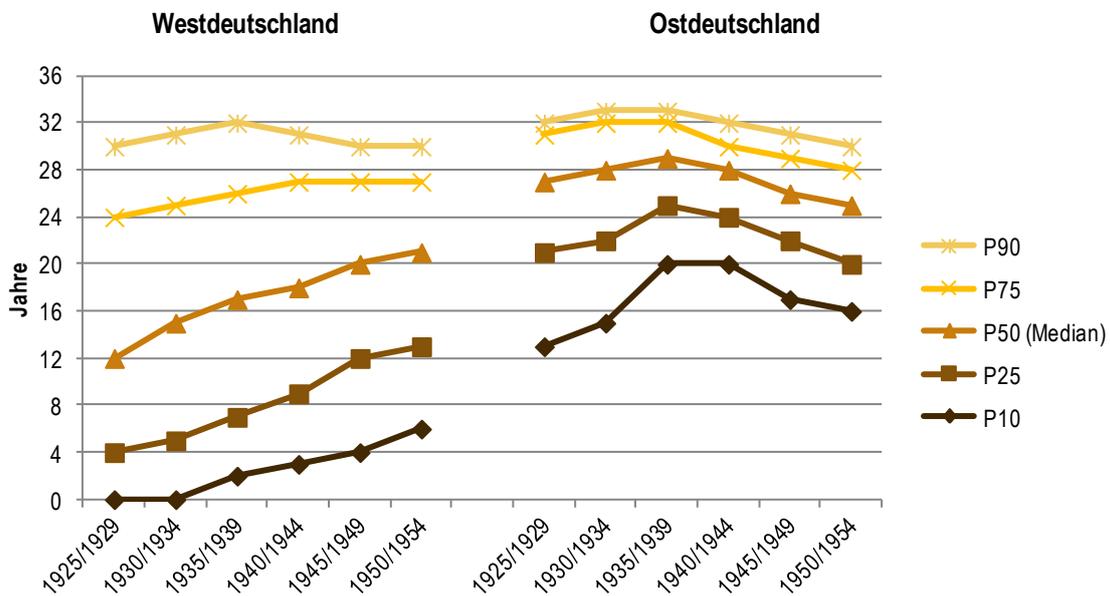
Für eine Betrachtung der Folgen veränderter Erwerbsbiographien für die Alterssicherung ist es von großer Bedeutung, nicht nur die individuellen Verläufe zu untersuchen, sondern diese auch in den Paar- bzw. Haushaltskontext zu stellen (vgl. Arbeitspapier 5). Die Altersphase wird von Paaren vielfach gemeinsam geplant, was Auswirkungen auf die Erwerbskonstellationen im Haushalt bis hin zum Renteneintrittsalter hat (vgl. Allmendinger 1990). Vor allem in Westdeutschland kann darüber hinaus festgestellt werden, dass Frauen aufgrund der geringeren Erwerbsbeteiligung in hohem Maße auf die Alterssicherung der Männer angewiesen sind. Zwar ist für jüngere Kohorten ein Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen zu beobachten, diese wird aber zu großen Teilen nur im Bereich der Teilzeiterwerbstätigkeit realisiert (vgl. Kümmerling, Jansen, Lehndorff 2008), wodurch auch die Rentenansprüche von westdeutschen Frauen nach wie vor niedriger sind.

Insgesamt lässt sich für Paare in Westdeutschland zwischen dem 15. und 50. Lebensjahr eine deutliche Zunahme der Zeiten beobachten, in denen beide Partner gleichzeitig erwerbstätig sind. Im Median ist ein Anstieg von 12 Jahren bei den 1925 bis 1929 Geborenen, auf 21 Jahre bei den 1950 bis 1954 Geborenen festzustellen. Dabei zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede in der Verteilung. Während bei den oberen 25 Prozent aller Paare der jüngsten Kohorte in mehr als 27 Jahren beide Partner erwerbstätig waren, liegt der Wert der unteren 25 Prozent nur bei 13 Jahren.

In Ostdeutschland ist dagegen eine deutlich homogenere Verteilung feststellbar, da auch für die unteren 25 Prozent in der jüngsten Kohorte 20 Jahre Erwerbstätigkeit beider Partner auftritt. Dagegen ist der Wert im Median seit den 1935 bis 1939 Geborenen, von 29 auf 25 Jahre gesunken.

³ V.a. sind dies dauerhaft Erwerbsgeminderte. Die verbleibenden 13 Prozent sind Aussteiger/-innen, die zwar 25 Jahre rentenrechtliche Zeiten aufweisen, im Altersübergang allerdings weder zu großen Teilen Zeiten in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, noch im Ruhestand aufweisen. Stattdessen sind diese Personen im Altersübergang meist selbständig, verbeamtet, nicht erwerbstätig oder auch nur geringfügig beschäftigt.

Darstellung 5: Verteilung der Zahl der Jahre, in denen beide Partner im Zeitraum vom 15. bis zum 50. Lebensjahr erwerbstätig sind nach Kohorten (Voll- und Teilzeitbeschäftigung; Perzentile)*



(*)Die Verteilung wird in Gruppen (à 10 bzw. 25 Prozent) zerlegt, wobei die Perzentile die jeweiligen Grenzen zwischen diesen Gruppen bezeichnen.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26) N>=110, vgl. Arbeitspapier 4.

Für die Paarerwerbsbiographien kann festgestellt werden, dass in Westdeutschland eine zunehmende Verbreitung des sog. modernisierten Ernährermodells (Vollzeit/Teilzeit) zu beobachten ist. Auch das traditionelle Ein-Verdiener-Modell hat aber nach wie vor eine hohe Verbreitung (vgl. Klammer, Klenner 2004). Somit ist auf Paarebene zwar ein leichter Anstieg der (bei den Frauen vorwiegend in Teilzeit mit niedrigen Rentenansprüchen realisierten) Erwerbsbeteiligung beider Partner zu beobachten, die jedoch von einer sinkenden Erwerbsbeteiligung im Altersübergang und im Erwerbseinstieg sowie – wenn auch deutlich weniger als im Osten – zunehmender Arbeitslosigkeit überlagert wird.

In Ostdeutschland ist dagegen durchgehend ein hoher Anteil an Paaren mit zwei Vollzeiterwerbstitigen festzustellen. In jüngster Vergangenheit hat dieser Anteil allerdings deutlich abgenommen, liegt aber immer noch auf vergleichsweise hohem Niveau. Die vor allem im Osten hohe Arbeitslosigkeit spiegelt sich jedoch auch deutlich in den Paarerwerbsbiographien wider. In der Erwerbseinstiegs- und Erwerbsausstiegsphase ist die Erwerbsbeteiligung im Osten nur auf niedrigem Niveau.

Ergänzend zur Entwicklung der Paarerwerbsbiographien ist auf die Tendenz hinzuweisen, dass aufgrund der Zunahme von Singles bzw. Alleinstehenden ein steigender Anteil an Rentnerinnen nur auf die eigene Alterssicherung angewiesen sein wird. Problematisch ist dies vor allem für viele westdeutsche Frauen, die nach wie vor eine niedrigere Erwerbsbeteiligung – und einen großen geschlechterspezifischen Einkommensrückstand – aufweisen, mit entsprechenden Folgen für die Alterssicherung (vgl. Rasner 2006).

4. Arbeitsbedingungen und Arbeitsfähigkeit

Eine weitere zentrale Fragestellung des Projekts „Gute Erwerbsbiographien“ betrifft den Zusammenhang zwischen Arbeitsbedingungen, Erwerbsbiographie und Erwerbsausstiegsgeschehen. Einerseits wurde dabei ein Blick auf die Entwicklung von Arbeitsbelastungen in der Erwerbsbiographie geworfen, andererseits standen insbesondere die Folgen langjähriger Arbeitsbelastungen und das Zusammenwirken von Arbeitsbedingungen, Gesundheit und Erwerbsausstieg im Fokus.

4.1 Hohe Konstanz von Arbeitsbelastungen

Analysen einschlägiger Befragungsdaten weisen darauf hin, dass sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den vergangenen Jahrzehnten im Allgemeinen nicht verbessert haben. Danach ist die Verbreitung körperlicher Arbeitsbelastungen seit dem Ende der 1970er Jahre weitgehend konstant geblieben, bei psychischen Belastungen ist eine erhebliche Verschlechterung festzustellen (Deutscher Bundestag 2010; Holler, Kistler, Trischler 2010; Fuchs, Conrads 2003). Nicht zuletzt liegt darin wohl auch die Ursache für den steigenden Anteil an Frührentner/-innen aufgrund psychischer Erkrankungen (vgl. GdB 2006).

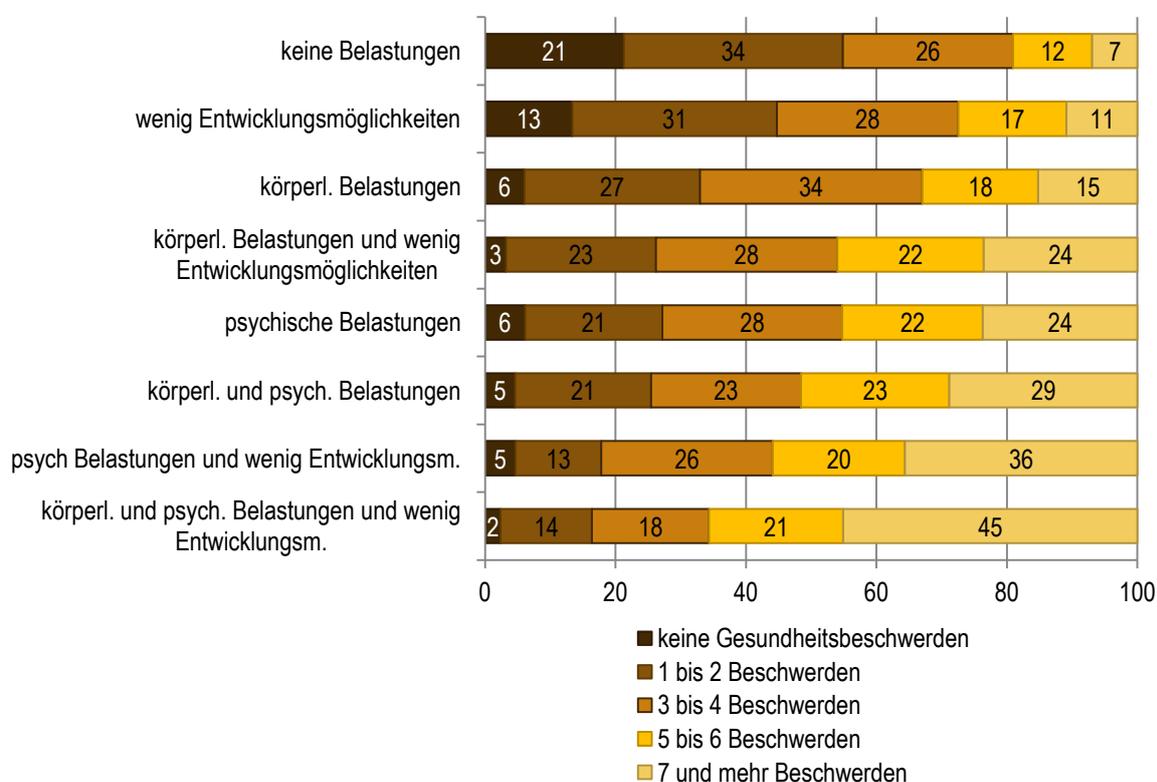
In der Literatur eher unberücksichtigt blieb bisher die Entwicklung von Arbeitsbedingungen im Erwerbsverlauf. Die im Rahmen des Projektes durchgeführten Längsschnittauswertungen aus dem SOEP weisen darauf hin, dass Arbeitsbelastungen im Erwerbsverlauf eine hohe Konstanz aufweisen. Danach ist über den mit dieser Datenquelle beobachtbaren Zeitraum von 16 Jahren (1985 bis 2001) auf individueller Ebene kaum eine Veränderung der Arbeitsbedingungen von Beschäftigten festzustellen. Auch bei Beschäftigungswechseln berichten Beschäftigte meist von gleichbleibenden, recht oft sogar von sich verschlechternden Arbeitsbedingungen (vgl. Arbeitspapier 2) – und zwar in der Tendenz um so mehr, je später im Verlauf der Erwerbsbiografie der Wechsel stattfand (vgl. Bäcker u.a. 2010).

Analysen aus unterschiedlichen Beschäftigtenbefragungen (im Einzelnen: BIBB-BAUA, EWCS, INQA und DGB-Index) weisen mit hoher Übereinstimmung darauf hin, dass die Arbeitsbedingungen sehr unterschiedlich auf die einzelnen Beschäftigtengruppen verteilt sind (vgl. Arbeitspapier 3). So haben Personen mit geringer Qualifikation häufiger körperliche Belastungen und Belastungen durch fehlende Autonomie. Psychische Belastungen treten dagegen etwas häufiger, aber beileibe nicht nur bei Beschäftigten mit hoher Qualifikation auf. Ähnliche Zusammenhänge lassen sich auch für andere Merkmale wie Einkommen, Arbeitszeitumfang oder Befristung feststellen. Beschäftigte mit höherem Einkommen erfahren weniger körperliche Belastungen, haben mehr Autonomie und Kontrolle, sind aber im Schnitt auch mit mehr psychischen Belastungen konfrontiert. Nach dem Beschäftigungsverhältnis differenziert ist zu beobachten, dass befristet Beschäftigte häufiger von körperlichen Belastungen und fehlender Autonomie und Kontrolle betroffen sind. Zeitarbeiter/-innen sind insbesondere hinsichtlich fehlender Autonomie, aber auch hinsichtlich körperlicher Belastungen mit Abstand am häufigsten betroffen. Psychische Belastungen in Form von Zeitdruck und Unterbrechungen von Arbeitsvorgängen sind bei Zeitarbeiter/-innen dagegen eher seltener festzustellen. Nach Berufsgruppen zeigen sich hohe Belastungen beispielsweise bei Bauberufen und Berufen des Nachrichtenverkehrs. Ingenieure und Ingenieurinnen, Büroberufe und kaufmännische Angestellte weisen dagegen eher geringere Arbeitsbelastungen auf.

4.2 Folgen von Arbeitsbelastungen für den Gesundheitszustand

Die Analysen im Projekt belegen, dass zwischen den erlebten Arbeitsbedingungen und dem Gesundheitszustand der Befragten enge Zusammenhänge bestehen. Je höher die Belastungen im bisherigen Erwerbsleben, um so häufiger sind Beschäftigte von gesundheitlichen Beschwerden betroffen. Personen ohne Belastungen im bisherigen Erwerbsleben haben auch nur wenige Gesundheitsbeschwerden. Vor allem wenn unterschiedliche Belastungsformen nebeneinander auftreten, steigt der Anteil an Beschäftigten mit mehreren Gesundheitsbeschwerden (vgl. Darstellung 6). Arbeitsbedingungen beeinflussen somit nicht nur das subjektive Wohlbefinden am Arbeitsplatz, sondern haben konkrete Folgen für die Gesundheit der Beschäftigten.

Darstellung 6: Arbeitsbelastungen im bisherigen Erwerbsleben und Gesundheitsbeschwerden (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung aus INQA 2004.

Im Einzelnen zeigen sich daneben beispielsweise hohe Korrelationen zwischen körperlichen Belastungen und Schmerzen in Rücken, Nacken und Schulter. Personen mit psychischen Arbeitsbelastungen leiden dagegen häufig unter Nervosität, Niedergeschlagenheit oder Erschöpfung. Auf der anderen Seite sind positive Aspekte der Arbeitsqualität, wie „Weiterentwicklungsmöglichkeiten“ und „ausreichend Spielräume, um auch eigene Ideen in die Arbeit einzubringen“, als gesundheitsförderlich zu betrachten. Zweifellos lassen sich nicht alle Formen von gesundheitlichen Beschwerden allein auf die Arbeitsbedingungen zurückführen. Hohe Arbeitsbelastungen erhöhen allerdings zumindest die Wahrscheinlichkeit,

deutlich von Gesundheitsbeschwerden betroffen zu sein. Es kann festgestellt werden, dass die Wahrscheinlichkeit von Gesundheitsbeschwerden betroffen zu sein bei Beschäftigten mit schlechten Arbeitsbedingungen deutlich höher ist. Dabei führen vor allem einseitige körperliche Belastungen sowie Zeitdruck, körperlich schwere Arbeit und unwürdige Behandlung recht unmittelbar zu Gesundheitsbeschwerden.

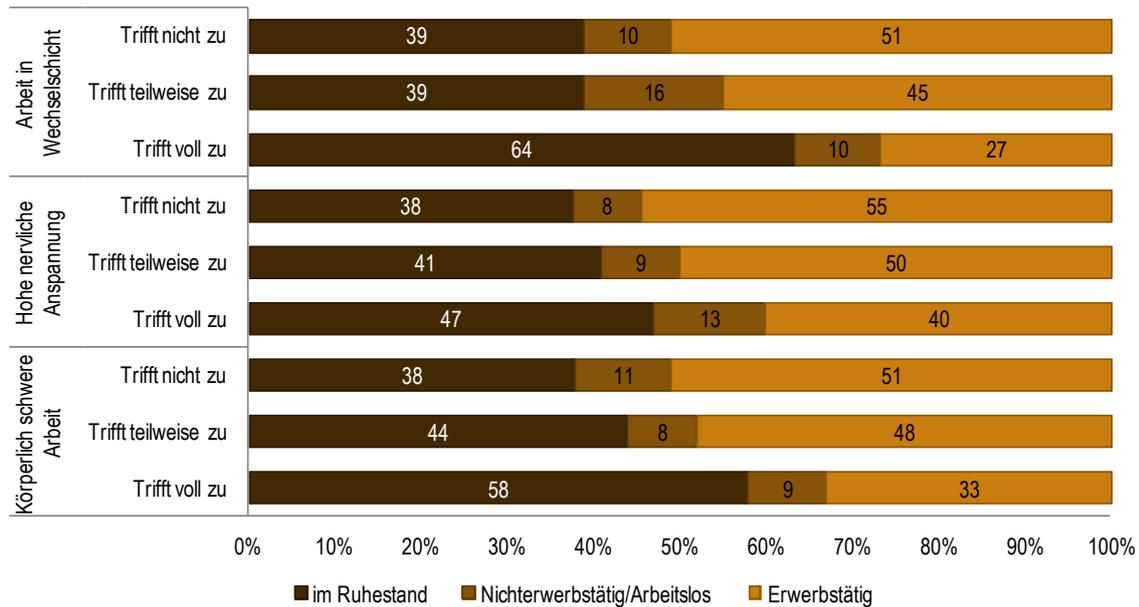
4.3 Arbeitsbedingungen und vorzeitiger Erwerbsausstieg

Beschäftigte mit schlechten Arbeitsbedingungen werden deutlich häufiger krankheitsbedingt frühberentet (vgl. z. B. Dragano 2007). Besonders hinsichtlich der Erhöhung der Altersgrenzen ist dieser Zusammenhang von Bedeutung, da aufgrund der gruppenspezifischen Verteilung von Arbeitsbelastungen davon auszugehen ist, dass genau jene Gruppen häufiger (unfreiwillig) vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden, die aufgrund atypischer Beschäftigungsverhältnisse, niedrigerer Löhne und diskontinuierlicher Erwerbsbiographien ohnehin schlechter abgesichert sind.

Fragt man Beschäftigte nach ihrer subjektiven Einschätzung, so bestätigt sich, dass Beschäftigte mit hohen Arbeitsbelastungen ihre weitere Arbeitsfähigkeit deutlich schlechter einschätzen als Beschäftigte mit guten Arbeitsbedingungen. Insbesondere körperliche Arbeitsbelastungen, Zeitdruck und das erzwungene Verbergen von Gefühlen während der Arbeit führt dazu, dass die Betroffenen nicht daran glauben, bis zum regulären Renteneintritt arbeiten zu können (vgl. Bäcker u.a. 2008). Besonders hoch ist der Anteil derjenigen, die nicht daran glauben in ihrer Tätigkeit bis zur Rente arbeiten zu können, wenn unterschiedliche Belastungen zusammenkommen. Personen mit körperlichen Belastungen, psychischen Belastungen und fehlender Autonomie glauben zu 78 Prozent nicht an ein Arbeiten bis zur Rente. Dabei ist zu berücksichtigen, dass hierbei Gratifikationen (in Form von Einkommen, Anerkennung und Beschäftigungssicherheit) als moderierende Faktoren gesehen werden können (vgl. Siegrist 2005). Belastete Beschäftigte mit geringer Gratifikation glauben zu 85 Prozent nicht daran, in ihrer Tätigkeit bis zur Rente arbeiten zu können, wohingegen dies bei Beschäftigten mit den gleichen Belastungen aber hoher Gratifikation nur zu 57 Prozent der Fall ist.

Analysen aus dem SOEP zeigen, dass sich diese subjektiven Einschätzungen der Beschäftigten auch anhand des tatsächlichen Erwerbsstatus der Beschäftigten im Längsschnitt belegen lassen. Dazu wurde der Erwerbsstatus von im Jahr 2001 55- bis 64-jährigen Beschäftigten betrachtet, die im Jahr 1985 Vollzeit erwerbstätig waren und zu ihren Arbeitsbedingungen befragt wurden. Es zeigt sich, dass Personen, die im Jahr 1985 von hohen körperlichen Belastungen berichteten, im Jahr 2001 nur noch zu 33 Prozent erwerbstätig waren, gegenüber 51 Prozent der eineinhalb Jahrzehnte zuvor nicht Belasteten. Ähnliche Zusammenhänge zeigen sich beispielsweise auch für eine hohe nervliche Anspannung bei der Arbeit oder das Arbeiten in Wechselschicht.

Darstellung 7: Arbeitsbedingungen 1985 (Vollzeiterwerbstätige) und Erwerbsstatus 2001 (2001: 55- bis 64-Jährige)



Lesehinweis: 1985 gaben 13 Prozent aller Befragten der Geburtsjahrgänge 1937 bis 1946 an, bei ihrer Arbeit körperlich schwere Tätigkeiten zu leisten („trifft voll zu“). Diese 13 Prozent waren 2001 noch zu 33 Prozent erwerbstätig und zu 58 Prozent bereits im Ruhestand. Neun Prozent waren arbeitslos gemeldet oder nicht erwerbstätig.

Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP25), vgl. Arbeitspapier 2.

Laut Daten des Mikrozensus sind gesundheitliche Beschwerden außerdem nach Angaben der Beschäftigten der Hauptgrund für eine vorzeitige Beendigung der Erwerbstätigkeit. Bei Berufen mit hohen Belastungen ist dies besonders häufig zu beobachten. So berichten beispielsweise 35,5 Prozent aller Rentner/-innen aus Bau- und Baunebenberufen von einer Krankheit oder Behinderung als Hauptgrund für den vorzeitigen Ruhestandseintritt. Bei Ingenieuren und Ingenieurinnen sind es dagegen nur 9,8 Prozent.

5. Folgen und Risikogruppen

5.1 Entwicklung der Alterssicherung

Der beschriebene Wandel der Erwerbsbiographien und insbesondere der Rückgang an Zeiten in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung legen nahe, dass sich diese Entwicklungen auch in sinkenden Rentenanwartschaften widerspiegeln. Wie Darstellung 8 zeigt, hat die Zahl an bis zum 43. Lebensjahr erreichten Entgeltpunkten in der GRV bei Männern in beiden Teilen Deutschlands von Kohorte zu Kohorte deutlich abgenommen. Berücksichtigt sind alle deutschen Versicherten. Für Westdeutschland zeigt sich zwischen den 1940 bis 1941 und den 1962 bis 1963 Geborenen im Median ein Rückgang von 26,2 auf 18,0 Entgeltpunkte.

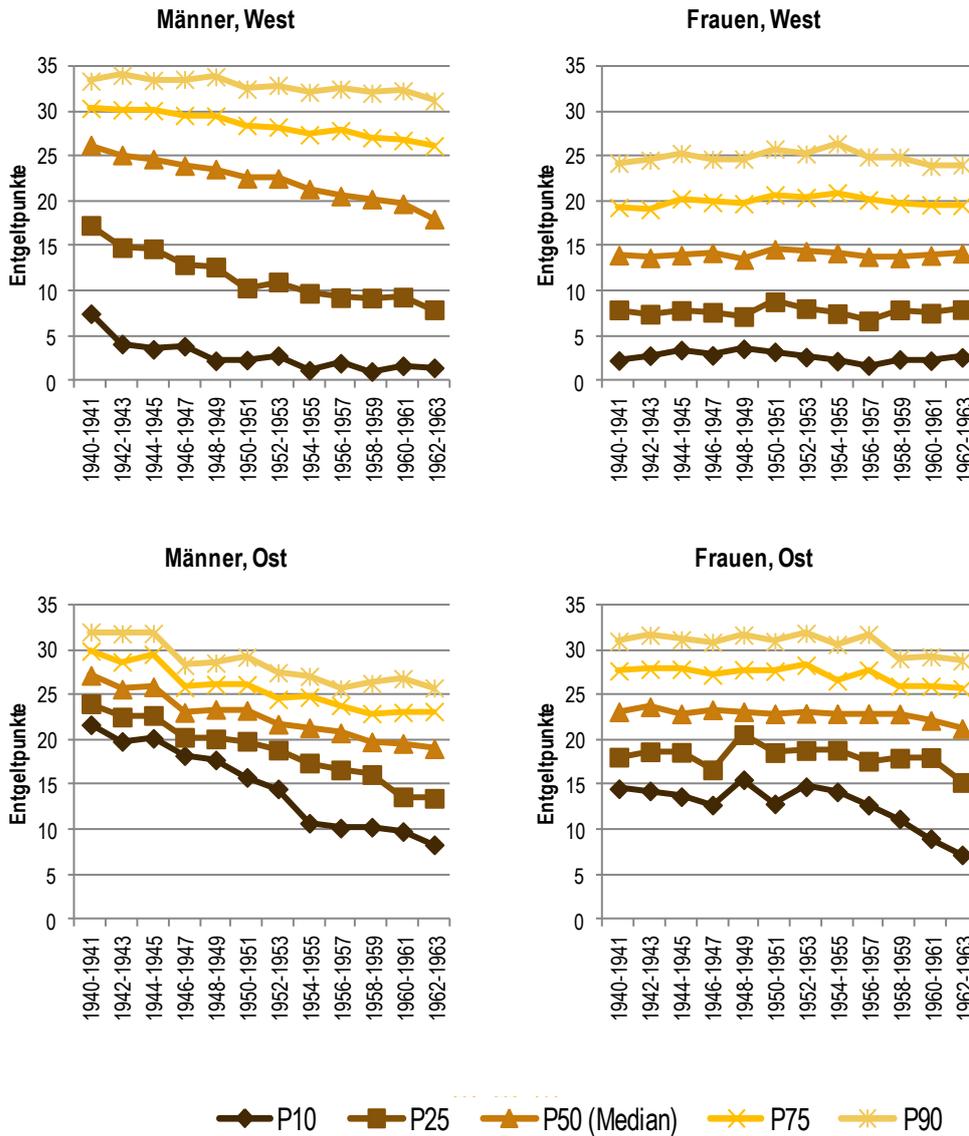
Gleichzeitig ist eine Zunahme des Interquartilsabstands zwischen den oberen und den unteren 25 Prozent zu beobachten, von 13,0 auf 18,2 Punkte. Vor dem Hintergrund insgesamt sinkender Entgeltpunkte ist also eine zunehmende Ungleichheit in der Verteilung zu beobachten. Dementsprechend ist bei den oberen 25 Prozent ein vergleichsweise leichter Rückgang von 30,3 auf 26,1 Punkte festzustellen. Für die unteren 25 Prozent ist die Zahl der Entgeltpunkte im 43. Lebensjahr dagegen von 17,3 auf 7,9 Punkte deutlich stärker gesunken.

Vor allem aufgrund des geringen Anteils an passiv Versicherten, aber auch aufgrund stabiler Erwerbsbiographien in der ehemaligen DDR ist für die Entgeltpunkte ostdeutscher Männer im 43. Lebensjahr eine deutlich homogenere Verteilung festzustellen. Aber auch hier zeigt sich eine Zunahme der Heterogenität in den jüngeren Kohorten; der Interquartilsabstand steigt von 5,9 auf 9,6 Punkte. Ebenso wie im Westen ist dabei insgesamt ein deutlicher Rückgang der kumulierten Entgeltpunkte von 27,2 auf 19,0 Punkte zu beobachten.

Bei Frauen zeigt sich dagegen im Westen trotz der deutlich höheren Erwerbsbeteiligung in jüngeren Kohorten kein Anstieg der Entgeltpunkte. Vielmehr ist sowohl für den Stand als auch für die Verteilung der Entgeltpunkte kaum eine Veränderung festzustellen.

Bei ostdeutschen Frauen ist aufgrund der schwierigeren Arbeitsmarktlage nach der Wiedervereinigung im Median ein leichter Rückgang von 23,1 auf 21,3 Punkte zu beobachten. Sehr deutlich fällt hier allerdings der Rückgang in den unteren Gruppen aus: Bei den unteren zehn Prozent sind die kumulierten Entgeltpunkte von 14,6 auf 7,2 Punkte gesunken. Das ist ein deutlicher Hinweis auf die in den vergangenen Jahren hohe Arbeitslosigkeit ostdeutscher Frauen, die allerdings sehr ungleich verteilt ist.

Darstellung 8: Summe der bis zum 43. Lebensjahr erworbenen Entgeltpunkte in unterschiedlichen Geburtskohorten (Perzentile*: P10, P25, P50, P75, P90)



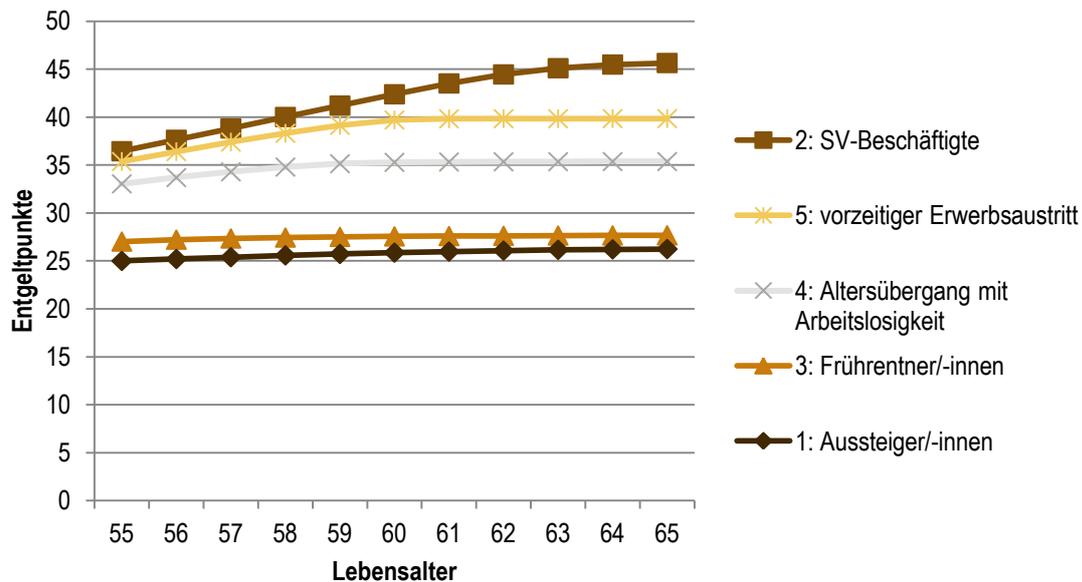
(*)Die Verteilung wird in Gruppen (à 10 bzw. 25 Prozent) zerlegt, wobei die Perzentile die jeweiligen Grenzen zwischen diesen Gruppen bezeichnen.

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach FDZ-RV - SUFVSKT 2007 (n=35.860, Zellenbesetzung: n>=212), vgl. Arbeitspapier 4.

Die Analysen aus der Versicherungskontenstichprobe belegen, dass zu allen Zeitpunkten in der Versichertenbiographie für jüngere Kohorten – mit Ausnahme von westdeutschen Frauen – jeweils deutlich niedrigere Entgeltpunkte beobachtet werden können. Dabei zeigt sich wie erwartet ein deutlicher Zusammenhang zu den Befunden aus der Analyse der Erwerbsbiographien. Danach sind sinkende Entgeltpunkte in der frühen Erwerbsphase einerseits auf spätere Erwerbseinstiege, andererseits auch auf zunehmend höhere Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Aber auch in der Kernarbeitsphase sinkt die Zahl der Entgeltpunkte in erster Linie aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit. Daneben ist außerdem eine zunehmende Ungleichheit der Einkommen dafür verantwortlich, dass die Rentenanwartschaften in jüngeren Kohorten deutlich heterogener ausfallen.

Von großer Bedeutung für die Höhe der Rentenanwartschaften ist darüber hinaus, wie oben schon angesprochen, die Art des Altersübergangs. Dabei lassen sich drei Gruppen von aktiv Versicherten identifizieren, die sich im 55. Lebensjahr nur geringfügig in der Höhe der Entgeltpunkte unterscheiden. Während allerdings die Gruppe der „langjährig sv-Beschäftigten“ im Altersübergang durchschnittlich weitere 9,2 Entgeltpunkte erwirbt, sind dies bei „Versicherten mit vorzeitigem Erwerbsaustritt“ nur 4,5 Punkte. „Versicherte mit hoher Arbeitslosigkeit im Altersübergang“ erwerben dagegen nur 2,3 Entgeltpunkte. In der Summe ist dann zum Ende des Altersübergangs ein Unterschied von 10,3 Punkten festzustellen, während die Differenz zu Beginn des Altersübergangs bei nur 3,4 Punkten lag. Die genannten Werte beziehen sich dabei nur auf die tatsächlichen Entgeltpunkte, wobei Rentenabschläge aufgrund vorzeitiger Renteneintritte noch gar nicht berücksichtigt sind. So gelingt es vor allem Hochqualifizierten bisher, niedrige Anwartschaften in der Erwerbseinstiegsphase durch hohe Einkünfte bzw. Entgeltpunkte und späte Erwerbsausstiege zu kompensieren.

Darstellung 9: Entwicklung der Rentenanwartschaften im Altersübergang nach Clustergruppen (Geburtskohorte 1940 bis 1942, ohne Abschläge)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach FDZ-RV - SUFVSKT 2007; nur Geburtskohorten 1940-1942; n= 3.474, vgl. Arbeitspapier 4.

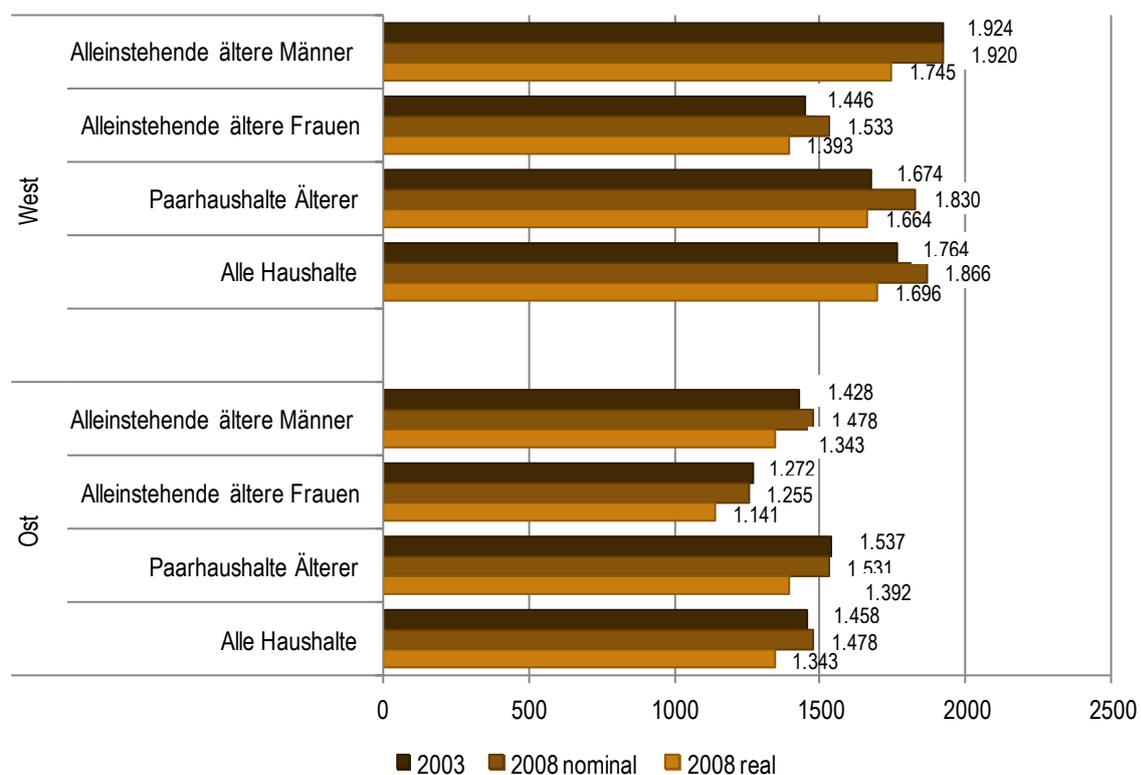
Die Analysen aus den Daten der Rentenversicherung deuten darauf hin, dass die Rentenanwartschaften für Männer künftig deutlich niedriger ausfallen werden. Für Frauen zeigt sich dagegen trotz der gestiegenen Erwerbsbeteiligung kaum eine Veränderung. Allerdings kann festgestellt werden, dass westdeutsche Frauen in späteren Lebensjahren im Mittel etwas höhere Entgeltpunkte erwerben. Für die Einkommenssituation künftiger Rentnerinnen und Rentner ist dabei jeweils das Einkommen des Partners zu berücksichtigen, wobei davon auszugehen ist, dass der Rückgang der Anwartschaften dadurch zumindest in Westdeutschland abgemildert wird.

Insgesamt müssen allerdings auch Anwartschaften in sonstigen Versicherungssystemen berücksichtigt werden. Einen Sonderfall bilden dabei Pensionärshaushalte. Alle verfügbaren Daten zeigen, dass die Alterseinkünfte der Pensionäre weit über dem Durchschnitt aller Gruppen liegen.

Bei den aktuellen Rentnerinnen und Rentnern (also den aktuell über 65 Jährigen) sind bisher nur in geringem Maße Anwartschaften in der betrieblichen Vorsorge festzustellen. Einzig westdeutsche Männer beziehen zu Teilen auch eine Betriebsrente. Bei Frauen und im Osten ist dies nur als Ausnahme zu beobachten. Ebenso sind die Einkommen aus der dritten Säule bisher von geringer Bedeutung.

Ein Blick auf die reale Entwicklung der fünf Jahre zwischen 2003 und 2008 zeigt, dass die Summe der Alterseinkünfte preisbereinigt bereits gesunken ist. Danach ist für das Jahr 2008 bei Paarhaushalten Älterer in Westdeutschland ein leichter Rückgang des Nettoäquivalenzeinkommens von 1.674 Euro im Jahr 2003 auf 1.664 Euro zu beobachten (Preise von 2003). In Ostdeutschland ist sogar ein starker Rückgang von 1.537 auf 1.392 Euro zu beobachten. Gleichzeitig nimmt die Ungleichheit in der Einkommensverteilung auch bei Älteren tendenziell zu.

Darstellung 10: Nettoäquivalenzeinkommen nach Daten der EVS 2003 und 2008 (ohne kalkulatorische Mieten)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten der EVS 2003 und EVS 2008, vgl. Arbeitspapier 5.

5.2 Berufsgruppen als Risikogruppen?

Die Frage nach Risikogruppen und insbesondere nach Berufsgruppen mit erhöhtem Risiko vorzeitigen Erwerbsausstiegs oder unzureichender Alterseinkünfte wird in der rentenpolitischen Debatte immer wieder gestellt. Insbesondere aufgrund der Heterogenität der statistisch verwertbaren Informationen zu Berufsgruppen können entsprechende Analysen allerdings nur ein Hinweis auf mögliche Problemgruppen sein. Schlussfolgerungen können daraus bisher insbesondere im Hinblick auf mögliche Felder zielgerichteter Präventionsmaßnahmen abgeleitet werden. Gerade im Hinblick auf die Betrachtung von berufsspezifischen Arbeitsbelastungen ist festzustellen, dass unterschiedliche Indikatoren hierbei zwar zu leicht abweichenden Ergebnissen führen. Dennoch ist ein Zusammenhang zwischen Berufsgruppen und Arbeitsbelastungen in verschiedenen Datensätzen zumindest in der Tendenz weitestgehend übereinstimmend festzustellen (vgl. Trischler, Holler 2011).

Eine vielversprechende Analysemöglichkeit sind die bereits in den vergangenen Jahren mehrfach durchgeführten Analysen zu berufsspezifischen Verbleibsquoten (vgl. Ebert, Kistler, Trischler 2007). Grundsätzlich bestätigen diese die hohe Gruppenspezifität in der Erwerbsbeteiligung Älterer. Tabelle 1 zeigt anhand aktueller Daten aus dem Jahr 2011 die berufsspezifischen Verbleibsquoten⁴ der im Jahr 2006 55- bis 59-Jährigen, die also 2001 bereits 60 bis 64 Jahre alt sind. Die bereits in früheren Analysen identifizierten Gruppen mit hohen Verbleibsquoten sind nach wie vor insbesondere Ärzte, Apotheker (87 %), Seelsorger (79 %), geistes- und naturwissenschaftliche Berufe (76 %), Landwirte (74 %) sowie Lehrer (72 %). Darüber hinaus finden sich auch bei dieser Altersgruppe Berufe in die häufig im höheren Erwerbsalter mangels Alternativen gewechselt wird, z. B. Dienst- und Wachberufe (72 %), oder auch „Arbeitskräfte ohne bestimmten Beruf“ (83 %).

Niedrige Verbleibsquoten zeigen sich dagegen bei Bergleuten (32 %). Daneben sind vor allem in denjenigen Berufsgruppen, die in schrumpfenden Branchen vorkommen, niedrige Verbleibsquoten zu beobachten, wie etwa bei Berufen aus der Textilbranche z. B. Spinnberufe (43 %), Textilverarbeiter (46 %), Textilhersteller (50 %). Unter den Berufsgruppen mit niedrigen Verbleibsquoten sind auch solche aus Branchen, in denen vorzeitige Erwerbsausstiege/Altersübergänge tarifvertraglich bzw. häufig betrieblich unterstützt/ermöglicht werden wie Chemie, Stahl oder auch Banken/Versicherungen. Einige andere besonders belastende Berufsgruppen wie Bau- und Baunebenberufe finden sich nicht im unteren Teil von Tabelle 1. Bei ihnen ist aber bereits im (in dieser Tabelle nicht enthalten) Übergang von den 50- bis 54-Jährigen zu den fünf Jahre später 55- bis 59-Jährigen die Verbleibsquote gering.

⁴ Bei diesen Analysen werden jeweils Quoten aus der Zahl der Beschäftigten einer Fünf-Jahres-Altersgruppe und der Besetzung der nächsthöheren Altersgruppe fünf Jahre später berechnet. Wichtig ist, dass es sich hierbei nicht um die gleichen Personen handeln muss, aufgrund der berufsspezifischen Zuordnung jedoch Hinweise darauf identifiziert werden können, in welchen Berufsgruppen ein Verbleib eher möglich bzw. eher unwahrscheinlich ist. Ein ähnliches Vorgehen (Nettorückzugsraten) verwenden beispielsweise Mümken und Brussig (2012) zum Vergleich der Alterserwerbstätigkeit in unterschiedlichen Ländern.

Tabelle 1: Berufsspezifische Verbleibsquoten der 55- bis 59-Jährigen in ausgewählten Berufsgruppen* (2006; 60- bis 64-Jährige im Jahr 2011)

	55 - 59 Jahre
84 Ärzte, Apotheker	87,4
98 Arbeitskräfte ohne bestimmtem Beruf	83,4
89 Seelsorger	79,0
88 Geistes- u. naturwissenschaftl. Berufe	75,5
01 Landwirte	74,4
87 Lehrer	72,5
79 Dienst-, Wachberufe	71,8
03 Verwalter, Berater (Landw. u. Tierzucht)	70,3
97 Mithelfende Familienangeh.(nicht Landw.)	69,6
83 Künstler, verw. Berufe	68,9
82 Dolmetscher, Bibliothekare	68,2
06 Forst-, Jagdberufe	67,6
61 Chemiker, Physiker, ...	67,6
81 Rechtswahrer, -berater	67,1
71 Landverkehr	67,1
76 Abgeordnete u. admin. Entsch.	66,3
80 Sicherheitswahrer	66,0
60 Ingenieure	65,5
75 Unternehmer, Wirtschaftsprüfer, Organis.	64,3
86 Sozialpflegerische Berufe	63,7
Gesamt	58,4
40 Fleisch-, Fischverarbeiter	53,7
20 Former, Formgießer	52,1
16 Papierhersteller, -verarbeiter	51,4
37 Lederherst., Leder- u. Fellverarbeiter	51,2
36 Textilveredler	50,7
17 Drucker	50,2
49 Raumausstatter, Polsterer	50,0
34 Textilhersteller	49,6
32 Montierer und Metallberufe	49,6
14 Chemiearbeiter	49,4
90 Körperpfleger	49,4
52 Warenprüfer	48,8
42 Getränke-, Genußmittelherst.	48,6
73 Nachrichtenverkehr	48,0
13 Glasmacher	46,2
35 Textilverarbeiter	45,8
12 Keramiker	45,1
33 Spinnberufe	43,1
69 Bank-, Versicherungskaufleute	42,6
07 Bergleute	32,2

(*) ausgewählt wurden die 20 Gruppen mit den jeweils höchsten bzw. niedrigsten Quoten.

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach Daten der Bundesagentur für Arbeit.

6. Zum Abschluss

Die Analysen im Projekt „Gute Erwerbsbiographien“ haben unter anderem gezeigt:

- Zwischen belastenden Arbeitsbedingungen („schlechte Arbeit“) und prekären Erwerbsbiographien bestehen enge Zusammenhänge.
- Die Risikofaktoren für prekäre Erwerbsbiographien, speziell im Erwerbseinstieg, bei Frauen in/nach einer Familienphase und insbesondere im Altersübergang, streuen stark gruppenspezifisch, mit entsprechenden Folgen für die Alterssicherung.
- Diejenigen Alterskohorten, die in ihrer Erwerbsbiographie den negativen Folgen der Massenarbeitslosigkeit (seit 1980 im Westen und noch stärker nach 1990 im Osten) und des Umbruchs im deutschen Produktions- und Sozialmodell voll ausgesetzt waren und im Altersübergang nicht mehr durch vorzeitige Ausstiegsmöglichkeiten abgesichert wurden/werden, sind in ihrer Mehrheit, noch gar nicht im Rentenalter.

Umgekehrt formuliert bedeutet das, dass die Mehrheit der Altersjahrgänge heutiger Bestandsrentner bei näherer Betrachtung gerade zu denjenigen Kohorten gehört, die in der Einstiegsphase in das Erwerbsleben und in ihrer Kernerwerbsphase das Glück hatten, in eine Phase wirtschaftlicher Prosperität zu fallen. Zum großen Teil fiel ihre Erwerbsausstiegsphase zwar in eine schlechte Zeit am Arbeitsmarkt (auch durch den demografisch bedingten Angebotsüberhang an Arbeitskräften). Für die meisten der heutigen Bestandsrentner galten aber noch Regelungen, die einen vorzeitigen Renteneintritt ohne bzw. mit geringeren Abschlägen bzw. über Sonderaltersgrenzen erlaubten. Dies ist für die Rentenzugänge der Zukunft so nicht mehr der Fall.

Das macht – ein Stück weit über die Projektergebnisse hinausreichend – zum Abschluss einen Blick auf die Entwicklung der Zahlbeträge bei den Neu- und Bestandsrenten nötig. Ebenso ist es wichtig, sich beim Blick auf die Folgen von der Arbeitsfähigkeit abträglichen Arbeitsbedingungen und Erwerbsbiographien für die Renten- und Alterseinkommen nicht auf die Bestandsrentner zu kaprizieren. Vielmehr ist die Entwicklung bei den Zugangsrenten von Bedeutung – in ihrer Höhe und Verteilung. Letztlich greift auch die Frage zu kurz, ob z. B. das Ausmaß der Altersarmut heute größer ist als im Durchschnitt aller Altersgruppen; wichtiger ist die Frage, ob sich bei Einkommen und Armutsrisikoquote Älterer ein negativer Trend für die Zukunft abzeichnet.

6.1 Zur Entwicklung der Zahlbeträge bei den Zugangsrenten

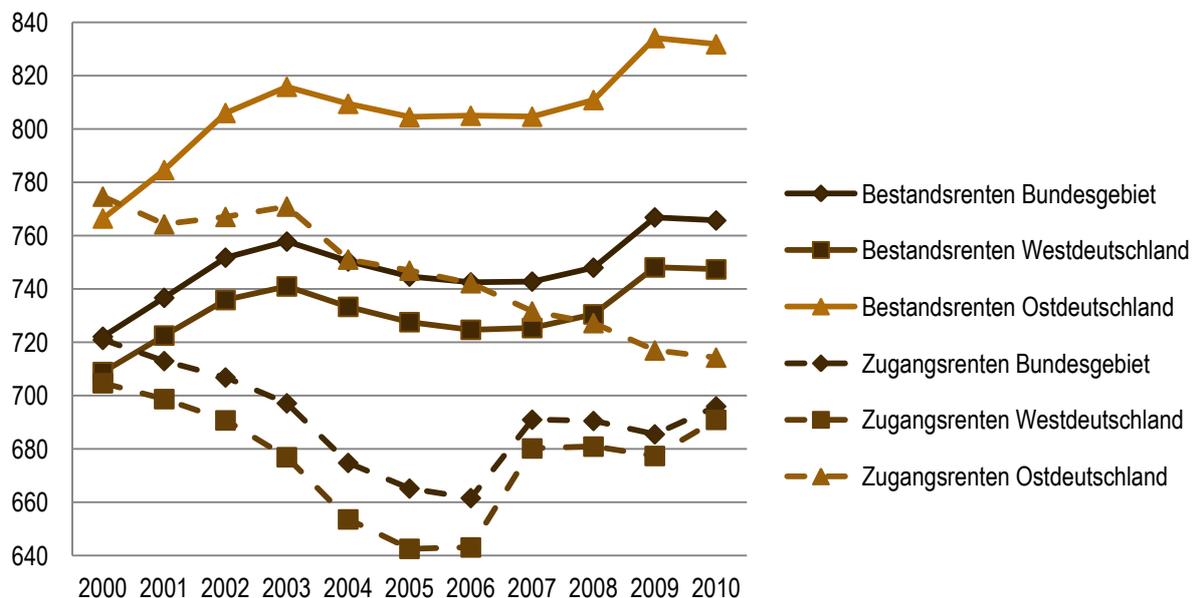
Dass die Lebenslage heutiger (Bestands-)Rentner/-innen im Durchschnitt viel besser ist als vor einem halben Jahrhundert, steht außer Frage. Die Altersarmut hat, vor allem im Vergleich zur Zeit vor Einführung der dynamischen bruttolohnbezogenen Rente, deutlich abgenommen.

Betrachtet man jedoch für die jüngere Zeit zunächst die Entwicklung der durchschnittlichen Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten, so ergibt sich ein wichtiger Befund. Darstellung 11 zeigt dies für die Jah-

re seit 2000 im Vergleich zu den durchschnittlichen Bestandsrenten in Westdeutschland und Ostdeutschland sowie in Deutschland insgesamt⁵.

Sichtbar wird, dass sich die durchschnittlichen Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten in allen drei betrachteten regionalen Einheiten in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts dramatisch vermindert haben, seither wieder angestiegen sind, aber im Jahr 2010 jeweils unter dem Niveau des Jahres 2000 liegen (Bei den Bestandsrenten ist dagegen zwar zwischen 2003 und 2006 ebenfalls ein Rückgang zu beobachten, die Zahlbeträge liegen aber 2010 höher als im Jahr 2000). Zu berücksichtigen ist, dass es sich bei allen Werten in Darstellung 11 um nominale Zahlbeträge handelt. Real, unter Berücksichtigung der Preisniveausteigerungen, bedeutet das durchgängig ein deutliches Minus in der Kaufkraft der Renten während des letzten Jahrzehnts.

Darstellung 11: Entwicklung der durchschnittlichen Zahlbeträge der Versichertenrenten* im Rentenzugang und –bestand 2000 bis 2010 (Angaben in €/Monat)



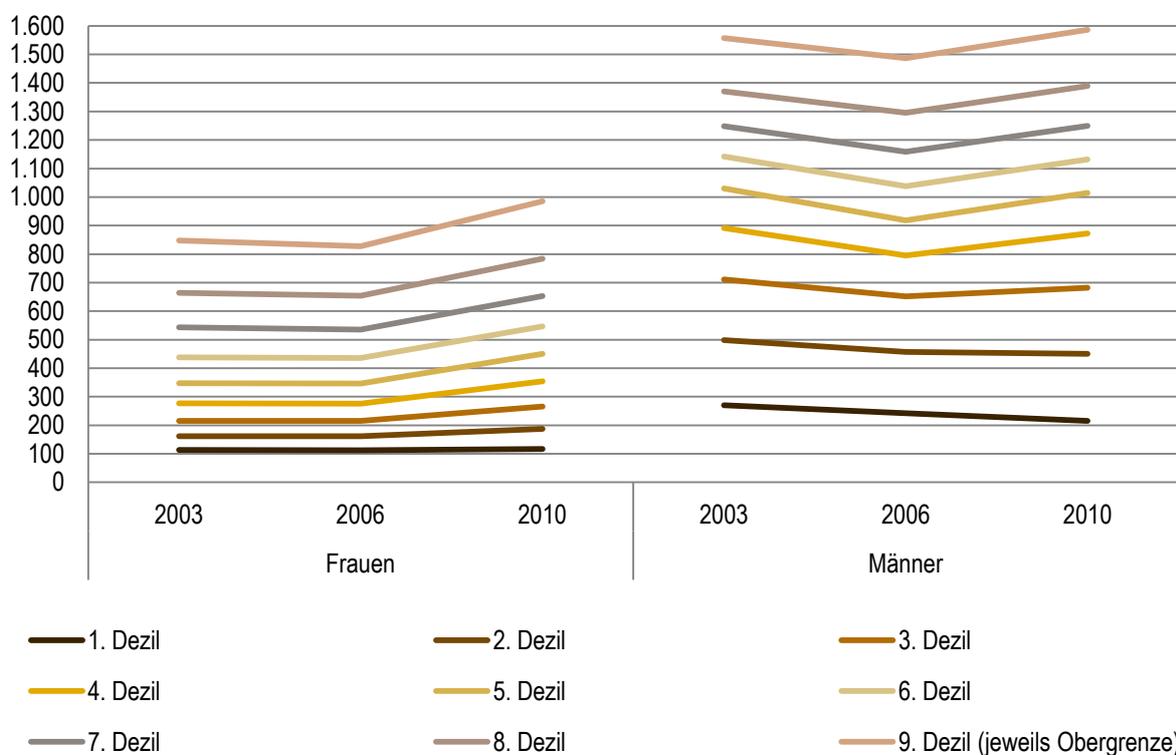
* Ohne Auslandsrenten

Quelle: INIFES, eigene Berechnung und Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Hinzu kommt, dass die Zahlen der Deutschen Rentenversicherung Bund zur Schichtung der Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten eine Zunahme der Spreizung belegen. Himmelreicher (2011) hat das Problem bezogen auf die persönlichen Entgeltpunkte bei den neuen Altersrenten für Männer und Frauen in West- und Ostdeutschland belegt (unter Einbeziehung der Abschläge, also des Zugangsfaktors). Darstellung 12 macht diese zunehmende Spreizung anhand der nominalen Zahlbeträge am Beispiel der Altersrentenzugänge für Westdeutschland noch plastischer, allerdings nur für die Jahre 2003, 2009 und 2010 (andere Jahre sind noch nicht verfügbar).

⁵ Wir verzichten dabei an dieser Stelle aus Platzgründen auf die Differenzierung nach Geschlecht oder nach Bundesländern (was interessante Unterschiede offenbaren würde) und auch nach Erwerbsminderungsrenten und Altersrenten. Die EM-Renten-Zahlbeträge verfallen im Betrachtungszeitraum im Rentenzugang geradezu. EM-Renten werden im Alter automatisch in Altersrenten umgewandelt (in mindestens, meist aber auch nur, der vorherigen Höhe).

Darstellung 12: Schichtung der nominalen Zahlbeträge der Altersrenten im Rentenzugang 2003, 2006 und 2010 (Angaben in €/Monat)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Daten der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Im Vergleich 2003 zu 2010 ist im Durchschnitt beider Geschlechter ein leichter Zuwachs der durchschnittlichen Zahlbeträge der Zugangsrenten festzustellen (vgl. Darstellung 11). In differenzierter Betrachtung geht das in Westdeutschland auf einen Zuwachs bei den Frauen zurück (gestiegene Frauenerwerbsquote). Dabei hat sich aber der Zahlbetrag für das unterste Dezil, die 10 Prozent niedrigsten Renten an Frauen praktisch nicht erhöht. In den obersten Dezilen sind die neuen Altersrenten von Frauen aber – nominal – in 2010 deutlich höher als im Jahr 2003. Die Spreizung hat (nach oben) zugenommen.

Bei Männern in Westdeutschland verzeichnen die obersten beiden Dezile 2010 leicht höhere Zahlbeträge als 2003. In den untersten zwei Dezilen ist der Rückgang der Dezilobergrenzen deutlich und erst ab dem siebten Dezil liegt die Obergrenze 2010 höher als 2003. Die Spreizung hat (vor allem nach unten) zugenommen.

Diese Entwicklungen sind Folge mehrerer Ursachen: Die Kürzungen in der Berechnung neuer Versichertenrenten (nicht zuletzt die Abschläge beim Zugangsfaktor), ein leicht gesteigener Anteil von Wechseln in Selbstständigkeit oder auch in den Beamtenstatus und die in diesem Papier schon dargestellten Veränderungen in den Erwerbsbiographien durch mehr und längere Zeiten von Arbeitslosigkeit und atypischer Beschäftigung. Wie aber oben gezeigt, kommen die Kohorten mit schlechteren Erwerbsbiographien zum größten Teil erst in der Zukunft ins Rentenalter – und zwar ohne die bisherige „Absicherung“ der Altersübergänge und vor dem Hintergrund der Anhebung des Regelrentenalters.

6.2 Wachsendes Altersarmutsrisiko

Die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung ist nicht die einzige, jedoch die bei weitem wichtigste Einkommensquelle von Älteren. Daher kann nicht unmittelbar von einem geringeren Absicherungsniveau der Renten und prekärer werdenden Arbeitsbedingungen auf eine wachsende Altersarmut gefolgert werden. Allerdings zeigen alle vorliegenden Analysen, dass es Bezieherinnen und Beziehern niedriger Renten bzw. zuvor niedriger Einkommen schwerer fällt, in die zusätzlichen Formen der Altersvorsorge zu investieren, Vermögen (auch Wohneigentum) zu erwerben etc. Die geringeren GRV-Renten gehen daher im Durchschnitt mit geringeren anderen Alterseinkommen einher. Die gezeigte zunehmende Spreizung in den Zahlbeträgen wirft deshalb zumindest mittelbar die Frage nach der Altersarmut auf.

Wie schon in Darstellung 10 anhand eines Vergleichs der Ergebnisse aus den Einkommens- und Verbrauchsstichproben 2003 und 2008 gezeigt: Auch bezogen auf die Summe aller Alterseinkünfte ergibt sich bei den Älteren in der Tendenz eine schwächere Einkommensentwicklung als im Durchschnitt aller Haushalte. Und: Auch bei den Älteren steigt die Ungleichheit in der Einkommensverteilung.

Nach Daten des Mikrozensus hat die Armutsgefährdungsquote ab 65-Jähriger zwischen 2005 und 2010 von 11,0 auf 12,3 Prozent zugenommen; für die gesamte Bevölkerung ist sie im gleichen Zeitraum mit 14,7 bzw. 14,5 Prozent praktisch gleich geblieben.

Tabelle 2 enthält für Deutschland und die Länder der EU-15 die Armutsgefährdungsquoten der Bevölkerung insgesamt bzw. der ab 65-Jährigen laut der Erhebung EU-SILC.

Tabelle 2: Entwicklung der Armutsgefährdungsquoten der Bevölkerung insgesamt und der ab 65-Jährigen in Deutschland und der EU-15 (Angaben in Prozent)

	2000	2001	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
EU-15 – alle	15	15	15	17	15,8	16,1	16,4	16,2	16,1	16,2
D – alle	10	11	-	-	12,2	12,8	15,3	15,2	15,5	15,6
EU-15 – Ältere	17	18	19	19	19,9	19,7	20,0	19,1	17,8	16,1
D – Ältere	10	12	-	-	13,4	12,6	16,3	14,9	15,0	14,1

Quelle: Eurostat (EU-SILC).

Wie der Darstellung zu entnehmen ist, ist die Armutsgefährdungsquote bezogen auf alle Altersgruppen in Deutschland zwischen 2000 und 2010 deutlich von 10 auf über 15 Prozent gestiegen, in EU-15 von 15 auf rund 16 Prozent. Die Quote für Ältere ist in Deutschland (noch) etwas geringer als im EU-Durchschnitt, steigt im Betrachtungszeitraum aber deutlich an, während sie in EU-15 aktuell sogar sinkt.

Es ist inzwischen keine Frage mehr: Die Einkommen im Alter sinken und das Risiko der Altersarmut in Deutschland steigt an. Angesichts der oben geschilderten Entwicklungen spricht nichts dafür, dass es in Zukunft zu einer Umkehr dieses Trends kommen wird.

Literatur

- Allmendinger, J. (1990): Der Übergang in den Ruhestand von Ehepaaren. Auswirkungen individueller und familiärer Lebensverläufe. In: Mayer, K.-U. (Hrsg.): Lebensverläufe und sozialer Wandel. KZfSS. Sonderheft 31. S. 272 ff.
- Bäcker, G. u.a. (2008): Rente mit 67 – Die Voraussetzungen stimmen nicht! Erster Monitoring-Bericht des Netzwerks für eine gerechte Rente, Berlin.
- Bäcker, G. u.a. (2010): Rente mit 67? Zu wenig Arbeitsplätze und zu wenig gute Arbeit für ein Arbeiten bis 67. Vierter Monitoring-Bericht des Netzwerks für eine gerechte Rente, Berlin.
- Bruckmeier, K; Wlomers, J. (2011): A new targeting – a new take-up? Non-take-up of social assistance in Germany after social policy reforms. IAB-Discussion Paper Nr. 10. Nürnberg.
- Brussig, M. (2010): Fast die Hälfte aller neuen Altersrenten mit Abschlägen – Quote weiterhin steigend. Altersübergangs-Report 1/2010.
- Brussig, M.; Múnken, S. (2012): Alterserwerbsbeteiligung in Europa – Deutschland im internationalen Vergleich. Altersübergangsreport 1/2012.
- Deutscher Bundestag (2010): Beschäftigungssituation Älterer, ihre wirtschaftliche und soziale Lage und die Rente ab 67. Antwort der Bundesregierung, BTDRs. 17/2271.
- Dragano, N. (2007): Arbeit, Stress und krankheitsbedingte Frührenten. Zusammenhänge aus theoretischer und empirischer Sicht. Wiesbaden.
- Dundler, A.; Müller, D. (2006): Erwerbsverläufe im Wandel. Ein Leben ohne Arbeitslosigkeit – nur noch Fiktion? IAB-Kurzbericht 27.
- Ebert, A.; Kistler, E.; Trischler, F. (2007): Ausrangiert – Arbeitsmarktprobleme Älterer in den Regionen, Düsseldorf.
- Fuchs, T.; Conrads, R. (2003): Flexible Arbeitsformen. Arbeitsbedingungen, -belastungen und Beschwerden – eine Analyse empirischer Daten. Dortmund u. a. O.
- Gesundheitsberichterstattung des Bundes (GdB);(2006): Gesundheit in Deutschland. Berlin.
- Goebel, J; Grabka, M. (2011a): Zur Entwicklung der Altersarmut in Deutschland. In: DIW-Wochenbericht 25/2011. S. 3 ff.
- Hardach, G. (2008): Altersarbeit, Alterseinkommen und Altersstruktur in Deutschland seit dem neunzehnten Jahrhundert. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte / Economic History Yearbook: Vol. 49, No. 1. Berlin. S. 77 ff.
- Himmelreicher, R.; Frommert, D. (2006): Gibt es Hinweise auf zunehmende Ungleichheit der Alterseinkünfte und zunehmende Altersarmut. Der Einfluss von Erwerbs- und Familienbiographien auf die Rentenhöhe in Deutschland. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung. 75 (1). S. 108 ff.
- Himmelreicher, R. (2011): Entwicklung und Verteilung der Altersrenten in den alten und neuen Bundesländern. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bd. II. Wiesbaden. S. 280 ff.
- Holler, M.; Kistler, E.; Trischler, F. (2010): Rente mit 67 würde bessere Arbeitsbedingungen voraussetzen! In: Gute Arbeit 2010(2). S. 12 ff.
- Kistler, E.; Ebert, A.; Stecker, C. (2007): Steigende Beschäftigung Älterer. Sind wir wirklich auf dem richtigen Weg? In: Deutsche Rentenversicherung Nr. 62/10. S. 651 ff.

- Kistler, E., Trischler, F. u. a. (2012): Ältere Menschen. In: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.): 3. Bericht zu Sozialer Lage in Bayern. München (im Erscheinen).
- Klammer, U.; Klenner, C. (2004): Geteilte Erwerbstätigkeit – Gemeinsame Fürsorge. Strategien und Perspektiven der Kombination von Erwerbs- und Familienleben in Deutschland. In: Leitner, S.; Ostner, I.; Schratzenstaller, M. (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden. S. 177 ff.
- Klammer, U. (2006): Der demografische Wandel als Herausforderung für die Gestaltung einer lebensbegleitenden Sozialpolitik. In: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW (Hrsg.): Demografischer Wandel. Die Stadt, die Frauen und die Zukunft. Köln. S. 187 ff.
- Kümmerling, A.; Jansen, A.; Lehndorff, S.: Immer mehr Frauen sind erwerbstätig – aber mit kürzeren Wochenarbeitszeiten. IAQ-Report 04-2008.
- Loose, B.; Rieckhoff, C. (2005): Gesetzliche Rentenversicherung in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit. In: Die Angestelltenversicherung. 2/2005. S. 71 ff.
- Mayer, K.-U. (1995): Gesellschaftlicher Wandel, Kohortenungleichheit und Lebensverläufe. In: Berger, P.; Sopp, P. (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen. S. 27 ff.
- Noll, H.-H.; Weick, S. (2012): Altersarmut: Tendenz steigend. Analysen zu Lebensstandard und Armut im Alter. In: ISI 47. S. 1 ff.
- OECD (2011): Pensions at a glance 2011. Paris.
- Rasner, A. (2006): Das Konzept der geschlechtsspezifischen Rentenlücke. In: DRV Schriften Band 55/2006. S. 270 ff.
- Riedmüller, B.; Schmalreck, U. (2012): Die Lebens- und Erwerbsverläufe von Frauen im mittleren Lebensalter. Wandel und rentenpolitische Implikation. Berlin.
- Scherger, S. (2007): Destandardisierung, Differenzierung, Individualisierung. Westdeutsche Lebensläufe im Wandel. Wiesbaden.
- Schmähl, W. (2011): Warum ein Abschied von der „neuen deutschen Alterssicherungspolitik“ notwendig ist. ZeS-Arbeitspapier Nr. 01/2011.
- Schmidt, T. (2012): Struktur, Vielfalt und Ungleichheit in Lebensverläufen. In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Wiesbaden. S. 451 ff.
- Siegrist, J. (2005): Medizinische Soziologie. München, Jena.
- Stegmann, M.; Bieber, U. (2010): Maßnahmen des sozialen Ausgleichs innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung. Relevante Anwartschaftsbestandteile des Versichertenrentenzugangs 2007. In: Deutsche Rentenversicherung 4/2010. S. 518 ff.
- Trischler, F.; Holler, M. (2011): Die Befragung zum DGB-Index "Gute Arbeit" als Datenbasis für die arbeitswissenschaftliche Forschung? Ein Vergleich mit der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2005/06. In: Arbeit; Heft 2/2011. S. 94 ff.
- Trischler, F. (2012): Erwerbsverlauf, Altersübergang und Alterssicherung. Augsburg. (hekt. Manuskript).